Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur: Erich Kilringhaus, Berlin. Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4196

Anschrift für Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8 Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Abbestellung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsschluss, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 17. September 1930

Inf. Ins itaut Soc. Geschiedenis Amsterdam

Das Gebot der Stunde.

Das Ausland und die Reichstagswahlen.

SPD. Die öffentliche Meinung der ganzen Welt hat unter dem Eindruck des deutschen Wahlausfalles einen schweren Stoss erlitten.

Eine Verdreifachung der nationalsozialistischen Mandate war allgemein erwartet, eine Verneunfachung hätte niemand vorausgesagt, am allerwenigsten Herr Hitler selbst. Und da die Hakenkreuzler sich offen zum "Befreiungskrieg" bekennen, da einer der Hauptpunkte ihres Programms die Zerreissung des Versailler Vertrages und des Young-Planes ist, sehen Millionen von Menschen das Gespenst eines neuen Völkermordens in greifbare Nähe gerückt. Auch Hugenberg hat mit einem ähnlichen Programm immerhin fast 2½ Millionen Stimmen und 41 Mandate gerettet. Dazu kommt noch, dass die Kommunisten versucht haben, den Faschisten an nationalistischen Verheissungen den Rang abzulaufen. Das würde demnach bedeuten, dass mindestens 225 Abgeordnete des neuen Reichstages sich zu irgendeiner Form des "Befreiungskrieges" bekennen. Ja, wenn man sogar in Rechnung stellt, dass die Gruppen um Schiele, Treviranus und Mumm, sowie die Wirtschaftspartei, im letzten Reichstag gegen das Haager Abkommen gestimmt hatten, so käme man zu dem Ergebnis, dass im neuen Reichstag rund 300 Abgeordnete, als eine klare Mehrheit, gegen den Young-Plan vorhanden sein würde. Kein Wunder, dass das Ausland mit der grössten Sorge auf Deutschland blickt, dass die Kreditfähigkeit Deutschlands in der Welt einen schweren Stoss erlitten hat und dass die französischen und polnischen Nationalisten triumphierend das Fiasko der Verständigungspolitik verkünden. Vor allem ist Briands Stellung schwer erschüttert, dem man die vorzeitige Preisgabe des Rheinlandes vorwirft.

In Wirklichkeit liegen die Dinge bei weitem nicht so schlimm. Selbst der neue Messias des hundertprozentigen Nationalismus könnte im gegebenen Falle nichts anderes, als "Erfüllungspolitik" im bisherigen Sinne zu treiben. Genau so wie das Mitglied des Hauptausschusses für das Volksbegehren, Herr Schiele, sich vierzehn Tage nach der Verabschiedung des Haager Abkommens "auf den Boden der Tatsachen" stellte und in der Regierung Brüning an der Ausführung des Young-Planes zusammen mit den anderen Neinsagern Treviranus und Bredt artig mitgewirkt hat. Dasselbe gilt für die Kommunisten: ebenso wie Sowjet-Russland nach der feierlichen Erklärung, dass der Bolschewismus die zaristischen Auslandsschulden nicht anerkenne, seit Jahren mit England, Frankreich und Amerika über die Regelung dieser Schulden verhandelt, um dringend benötigte Kredite zu erlangen, so würden auch die Machthaber eines Sowjet-Deutschland nichts eiliger haben, als sich mit den Verpflichtungen ihrer Vorgänger abzufinden. Denn das industrielle Deutschland wäre noch viel mehr als das agrarische Russland auf ausländisches Kapital angewiesen. Um nicht die deutsche Arbeitslosenzahl auf zehn oder fünfzehn Millionen anwachsen zu lassen, müssten Hitler oder Thälmann die deutschen Werke und Bodenschätze an das Weltkapital verschachern, genau so wie es Mussolini und Stalin seit Jahren fortgesetzt tun, um ihre Macht zu behaupten. Wir glauben deshalb, dass mehrere Monate "drittes Reich", dann

einige Wochen "Sowjet-Deutschland" und daraufhin Neuwahlen, Deutschland wahrscheinlich schon in absehbarer Zeit wieder ein vernünftiges Parlament bringen würden. Aber kann man es auf die Verrücktheiten der Kommu-Nazi ankommen lassen, oder ist es nicht vielmehr unerlässlich, die Welt davon zu überzeugen, dass die Kräfte der Vernunft auch nach diesem Wahlausfall die stärkeren geblieben sind und dass an dem bisherigen Kurs der Aussenpolitik nichts geändert wird?

Es war eine politische Torheit ersten Ranges, dass die Kreise um Brüning, Scholz, Treviranus und Schiele eine Politik getrieben haben, aus der sie nach kürzester Zeit keinen anderen Ausweg sahen, als Neuwahlen auf dem bisherigen Höhepunkt einer Wirtschaftskrise von unerhörtem Ausmasse auszuschreiben. Aber es wäre eine ebenso grosse Torheit, wenn nun das Ausland aus diesen Konjunktur Wahlen irgendwelche voreiligen Schlüsse ziehen wollte, etwa, dass man Deutschland gegenüber eine Politik der starken Hand, der Unnachgiebigkeit, der Schikanen und der neuen Rüstungen betreiben müsse. Das wäre das Verkehrteste, was in dieser Situation überhaupt getan werden könnte. Denn eine solche Haltung würde nicht nur die wirtschaftliche Gesundung Deutschlands und der Welt hinaus zögern, sie würde auch den unvermeidlichen Zusammenbruch des Rechts- und Links radikalismus aufhalten.

Eine wirklich weitsichtige Politik der fremden Mächte würde umgekehrt darin bestehen, alle Kraft daran zu setzen, Deutschland zu helfen, seine Wirtschaftskrise bald zu überwinden. Denn eine der Hauptursachen der Wählerinflation liegt in der schweren Enttäuschung, die die wirtschaftliche Entwicklung seit der Verabschiedung des Young-Planes bei den breiten Massen verursacht hat: anstatt der versprochenen und erwarteten Entlastung und Ankurbelung der Wirtschaft ist eine unerhörte Verschlechterung eingetreten; und die verzweifelten Millionen, politisch und wirtschaftlich ungeschult, führen nun ihr Elend auf die Reparationslasten zurück, während es sich in Wirklichkeit um weltumspannende Krisenerscheinungen handelt, die siegreiche Gläubigerländer wie England und Amerika kaum weniger hart treffen als das tributpflichtige Deutschland.

Darüber hinaus müssen die Regierungen der früheren alliierten Länder aus dem 14.September die Lehre ziehen, dass, je weiter wir uns von den Kriegsjahren entfernen und je mehr jüngere Jahrgänge staatsbürgerliche Rechte erlangen es desto dringender sein wird, dem deutschen Volke das Bewusstsein wirklicher Gleichberechtigung zu verschaffen. Deshalb muss das Versprechen der allgemeine Abrüstung endlich eingelöst werden. Wer aus dem 14.September die umgekehrte Lehre zieht, dass nun erst recht Deutschland allein minderen Rechtes auf diesem Gebiete bleiben soll, der trägt nur dazu bei, den deutschen Nationalfaschismus oder Nationalkommunismus grosszuziehen. Der Pariser "Temps" schloss seine Betrachtungen zum Wahlausfall mit der doppelten Mahnung: "Deutschland kann sich keinen weiteren Fehler mehr leisten, und auch Europa nicht." Ganz unsere Meinung. Nur, dass gerade das, was die Nationalisten drüben für klug halten, die Politik des Misstrauens und des Wettrüstens, das Verhängnisvollste wäre, während die von ihnen als töricht verschrieene Politik der Mässigung und des Entgegenkommens das Gebot der Stunde ist.

SPD. Zürich, 17.September (Eig.Drahtb.)

Die "Neue Züricher Zeitung", ein Blatt mit Weltruf, schreibt in einer Betrachtung über die Reichstagswahlen :

"Die grosse Frage der Stunde lautet: können und dürfen die Nationalsozialisten zur Regierung zugelassen werden. Die Partei ist gegen die Demokratie und für die Diktatur, gegen die Weimarer Verfassung und für den Umsturz. Ihr Programm heisst Katastrophenpolitik im Inneren und nach aussen. Dass sich dagegen alle Elemente verbinden müssen, die auf dem Boden des heutigen demokratischen Staates stehen, scheint selbstverständlich. Es gibt ein einziges Mit-

tel dazu: sofortige Bildung und Erweiterung der Grossen Koalition, Zusammenfassung aller Parteien von der Sozialdemokratie bis zu den bürgerlichen Konservativen. Nur durch eine solche Notgemeinschaft kann von Deutschland schwerer Schaden abgewendet werden, nur eine solche Koalition kann auch Gewähr für die Fortführung der bisherigen auswärtigen Politik Deutschlands bieten. Diese Mehrheit von Breitscheid bis Treviranus hat es in der Hand, Deutschland vor aussenpolitischen Abenteuern zu bewahren - wenn sie einig ist. Nicht bewahren kann sie allerdings das deutsche Volk vor der schweren Schädigung, die das Vertrauen in seine politische Vernunft durch den Ausfall dieser Wahlen erlitten hat und vor der Lähmung, die sich in allen Ländern auf die Bestrebungen zur friedlichen Verständigung legen wird."

SPD. Der Führer der Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpartei Höfer erklärte gegenüber einem Vertreter der agrarischen "Deutschen Tageszeitung":

"Die Lage im Reich beurteile ich dahin, dass eine andere Möglichkeit als die einer Rechtsregierung von der Deutschen Volkspartei über das Zentrum bis zu den Nationalsozialisten nicht gegeben ist. Die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei wird etwaigen Anregungen von dritter Seite, sich an einer grossen Koalition mit den Sozialdemokraten zu beteiligen, ein kategorisches "Nein" entgegensetzen."

Demgegenüber wird aus Zentrumskreisen immer wieder mit aller Entschiedenheit versichert, dass eine Koalition zwischen Zentrum und Nationalsozialisten oder - wie man erklärt - mit "Narren" unter keinen Umständen in Frage komme. Der Parteivorstand des Zentrums, der am Dienstag in Berlin zusammentritt, werd zweifellos einen entsprechenden Beschluss fassen.

SPD. Zürich, 17.September (Eig.Drahtb.)

Die seit Monaten andauernden Auseinandersetzungen in der kommunistischen Partei der Schweiz haben jetzt zum Ausschluss des bisherigen Parteisekretärs in Schaffhausen, Erb, und des bisher in Schaffhausen führenden Kommunisten Schlöttli geführt. An den kommunistischen Nationalrat Bringolf, der an der Spitze der Rechtsopposition im Kampfe gegen das Zentralkomitee steht und gegenwärtig in Moskau weilt, um sich vor dem Ekki zu rechtfertigen, hat man sich noch nicht herangetraut, obwohl er sich in allen Fragen mit Erb und Schlöttli solidarisch erklärt hat.

SPD. Das preussische Staatsministerium hat in seiner letzten Sitzung Ausführungsbestimmungen für die von der Reichsregierung verordnete Gemeinde-Getränke- und Bürgersteuer beschlossen. Die Bestimmungen werden zunächst dem preüssischen Staatsrat zugehen, der sich am 30.September damit befassen wird.

SPD. Der Reichsminister für die besetzten Gebiete, Treviranus, siedelt mit dem Tage der Auflösung seines Ministeriums, dem 30.September, als Minister ohne Portefeuille in die Reichskanzlei über, wo er in erster Linie als Reichskommissar für die Osthilfe tätig sein soll.

SPD. Paris, 17.September (Eig.Drahtb.)

Mit Befriedigung stellt die Pariser Presse fest, dass es dank des Völkerbundes innerhalb weniger Tage gelungen ist, die Erregung über den Hitler-Sieg in Deutschland zu besänftigen. Bezeichnend für die Fortschritte, die die internationale Solidarität gemacht hat, ist die Tatsache, dass der "Paris Midi" die am Dienstag in Genf gebildete Einheitsfront gegen die drohenden Gefahren der Unordnung und der sozialen Zersetzung als eine wahre "Entente cordiale" bezeichnet. Das gleiche Blatt betont auch, dass es den Hitler-Garden trotz ihres Wahltriumphes nicht gelungen sei, die Arbeiten des Völkerbundes auch nur um eine Sekunde zum Stillstand zu bringen, die Vorstudien zum Europa-Pakt zu erschweren oder den Sinn der aussenpolitischen Erklärungen des deutschen Delegierten Dr. Curtius zu ändern.

Die massvolle Rede des Reichsaussenministers in Genf hat nicht wenig zu der Entspannung beigetragen. Ohne, wie der "Temps" erklärt, auch nur eine der bekannten Forderungen der deutschen Aussenpolitik aufzugeben, habe Curtius der naheliegenden Versuchung widerstanden, die brennenden Fragen aufzuwerfen, die den Hauptinhalt der Wahlkampagne Hitlers und Hugenbergs gebildet hätten. Er habe sich im Gegenteil bemüht, ein friedenswilliges, der Politik Stresemann treu bleibendes Deutschland zu zeichnen und habe mit eindrucksvoller Betonung versichert, dass man auch den blossen Gedanken an die Möglichkeit eines Kriege entschieden ablehnen müsse.

Trotz allem sieht man in Paris nicht ohne Besorgnis den als unbedingt notwendig erachteten Verhandlungen über die Bildung einer neuen Regierungsmehrheit in Deutschland entgegen.

SPD. Der Überwachungsausschuss des Reichstags nahm am Mittwoch mit 14 gegen 12 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten eine Verordnung der Reichsregierung an, durch die die Kapitalertragssteuer für festverzinsliche Werte mit Wirkung vom 2.Januar 1931 aufgehoben werden soll. Ein sozialdemokratischer Antrag, diesen Punkt von der Tagesordnung abzusetzen, da die Erledigung nicht so dringlich sei, wurde abgelehnt. Ebenso wurde ein sozialdemokratischer Antrag verworfen, der die Beseitigung der Kapitalertragssteuer beschränkt wissen wollte für nach dem 1.Juli 1930 neu aufzugebende festverzinsliche Wertpapiere.

Die Kommunisten verlangten im Verlauf der Sitzung, die Reichsregierung zum Rücktritt aufzufordern und die Notverordnung aufzuheben. Die Mehrheit des Ausschusses lehnte die Beratung entsprechender Anträge ab, da der Überwachungsausschuss dafür nicht zuständig ist.

Eine andere Forderung der Kommunisten ist die, den Reichstag in den nächsten 8 Tagen einzuberufen. Dieses Verlangen trägt wie fast alle kommunistische Forderungen den Stempel der Demagogie an der Stirn. Es steht heute amtlich nicht einmal fest, wer gewählt ist und es wird ebensowenig in 8 Tagen endgültig feststehen, wer in den neuen Reichstag einzieht. Das Feststellungsverfahren gestaltet sich diesmal ausserordentlich schwierig, weil insbesondere die Nationalsozialisten und Kommunisten in zahlreichen Wahlkreisen die gleichen Spitzenkandidaten aufgestellt hatten. Da jeder Kandidat aber nur einmal gewählt werden kann, muss bei den nachfolgenden Kandidaten jeweils Rückfrage gehalten werden, ob sie die durch den Verzicht ihres Spitzenkandidaten zu ihren Gunsten ausgefallene Wahl annehmen oder nicht. Diese Rückfragen, hauptsächlich notwendig geworden durch die Kandidatenaufstellung der Nazis und Kommunisten, erfordern viel Zeit und Arbeit. Es ist also nichts als Demagogie, wenn ausgerechnet die Kommunisten heute die Einberufung des Reichstages innerhalb 8 Tagen fordern, obwohl gerade sie dazu beigetragen haben, dass eine derartige Einberufung völlig ausgeschlossen ist.

SPD. Wien, 17.September (Eig.Drahtb.)

Der bekannte Putschist Major Pabst, der sich zur Zeit in Venedig aufhält, hat gegen die Wiener "Allgemeine Zeitung" Klage einreichen lassen, weil das Blatt ihn nach seiner Ausweisung als einen wegen Hochverrats verfolgten Ausländer bezeichnet hatte. Pabst beruft sich darauf, dass er sich in Österreich immer im Sinne der Staatserhaltung und zwar stets im Einvernehmen mit der Regierung betätigt habe. Bundeskanzler Schober habe wiederholt mit ihm verhandelt und ihn eingeladen, ihn immer aufzusuchen. Es sei sogar ein Verbindungsmann zwischen Schober und der Bundesführung der Heimwehr gestellt worden.

Pabst beruft sich zum Beweis seiner staatserhaltenden Tätigkeit auf das Zeugnis des Bundeskanzlers und der früheren Heimwehrführer Steidle und Pfrieme

---

SPD. Genf, 17.September (Eig.Drahtb.)

Die Völkerbundsversammlung hat am Mittwoch einstimmig und ohne jede Aussprache den Antrag sämtlicher europäischer Mächte auf sofortige Einsetzung eines aus Regierungsvertretern sämtlicher europäischer Staaten bestehenden Sonderausschusses zur weiteren Behandlung der Paneuropafrage angenommen. Die Vollversammlung vertagte sich dann auf mehrere Tage, um den Kommissionen Gelegenheit zur Arbeit zu geben.

Naturgemäss beansprucht die Abrüstungskommission die grösste Aufmerksamkeit. Sie begann am Mittwoch-Vormittag unter dem Vorsitz von Politis-Griechenland mit der Beratung des im Vorjahre ausgearbeiteten Konventionsentwurfes über die finanzielle Unterstützung des Angegriffenen im Kriegsfalle. Artikel eins, der die Bestimmung des Unterstützungsfalles enthält, führte in Anbetracht eines finnischen Abänderungsvorschlags zu einer längeren Aussprache. Zahlreiche Regierungsvertreter erinnerten an die lange Arbeit bis zur Vollendung des Kompromiss-Wortlauts im Konventionsentwurf und forderten endlich die Verabschiedung im Verlauf der jetzigen Tagung. Auf Vorschlag Lord Cecils wurde die Aussprache schliesslich um einen Tag verschoben, um allen Delegationen Gelegenheit zur Einreichung von Abänderungsvorschlägen zu geben, die eine rasche summarische Erledigung finden sollen.

SPD. Aus den im Statistischen Reichsamt zusammengestellten Ergebnissen der Ernteschätzung zu Anfang September dieses Jahres, der letzten vor der endgültigen Ernteermittlung, ergibt sich, dass die Aussichten für die diesjährige Getreideernte von den amtlichen Saatenstandsberichterstattern bei den meisten Getreidearten etwas besser beurteilt werden, als im Vormonat auf Grund der damaligen ungünstigen Witterungsverhältnisse angenommen wurde. Im Durchschnitt für das Deutsche Reich ergeben sich nach den Schätzungen zu Anfang September d.J. Ernteerträge je Hektar bei Winterroggen von 16,4 dz, bei Sommerroggen von 12 dz, bei Winterweizen von 20,2 dz, bei Sommerweizen von 19 dz, bei Winterspelz von 12,5 dz, bei Wintergerste von 22,1 dz, bei Sommergerste von 17 dz und bei Hafer von 15,9 dz.

Unter Zugrundelegung der Anbauflächen wäre hiernach mit folgenden Gesamterntemengen zu rechnen: (zum Vergleich sind in Klammern die Ergebnisse der vorjährigen endgültigen Ernteermittlung daneben gestellt):

Winterroggen	7,62	Mill.	t	(8,05	Mill.	t.)
Sommerroggen	0,09	"	"	(0,10	"	")
Winterweizen	3,26	"	"	(3,07	"	")
Sommerweizen	0,31	"	"	(0,28	"	")
Winterspelz	0,14	"	"	(0,15	"	")
Wintergerste	0,44	"	"	(0,38	"	")
Sommergerste	2,24	"	"	(2,80	"	")
Hafer	5,47	"	"	(7,38	"	")

Gegenüber den Ergebnissen der vorjährigen Getreideernte bleiben hiernach die diesjährigen Ertragsschätzungen hauptsächlich an Winterroggen und Hafer zurück, und zwar bei Roggen um 400 000 t oder 5,4 vH, bei Hafer um 1,9 Mill.t oder 25,9 vH. Auch der Ertrag an Sommergerste bleibt hinter der Vorjahrsernte zurück. Hingegen wird an Weizen, und zwar sowohl an Winter- als auch an Sommerweizen allgemein ein höherer Ertrag als bei der vorjährigen Ernte erwartet. Bei den übrigen Getreidearten erreichen die diesjährigen Schätzungen im ganzen ungefähr die Höhe der vorjährigen Ernte.

Im Vergleich der Durchschnittsergebnisse der letzten 6 Jahre (1924/29) kann die diesjährige Getreideernte als Mittelernte bezeichnet werden. Nur bei Sommergerste und Hafer bleibt die diesjährige Ernte hinter dem sechsjährigen Durchschnitt (um 200 000 bezw. 900 000 t) zurück. Bei Winterroggen und Winterweizen dagegen liegt die diesjährige Getreideernte je um rund 450 000 t über dem Durchschnittsergebnis der Jahre 1924/29. Bei den übrigen Getreidearten halten sich die diesjährigen Ernteerträge ungefähr auf der Höhe des sechsjährigen Durchschnitts.

Im übrigen muss berücksichtigt werden, dass es sich auch bei den Septemberschätzungen noch um Vorschätzungen handelt, die sich bei der späteren genau Ernteermittlung (auf Grund von Druschproben) noch etwas ändern können.

SPD. Paris, 17. September (Eig.Drahtb.)

Zwischen der Stadt Paris und einer grossen privaten Baugesellschaft ist am Mittwoch ein Vertrag abgeschlossen worden, nach dem die Stadt Paris der Gesellschaft ein Terrain von etwa 15 Hektar zur Erstellung von insgesamt 8400 Wohnungen überlässt unter der Bedingung, dass spätestens sechs Monate nach der Übergabe des Baugrunds mit den Arbeiten begonnen wird. Von den 8400 Wohnungen sollen 4400 für jene Familien reserviert werden, die gezwungen sind, aus baufälligen Häusern anszuziehen. Der Mietpreis dieser Wohnungen wird sehr niedrig gehalten sein, und zwar für ein Zimmer, Küche und W.C. 1400 Franken, für zwei Zimmer und die gleichen Nebenräume 2000 Franken und für drei Zimmer 2700 Franken jährlich betragen. Die übrigen 4000 Wohnungen sind regulär zu mieten und dementsprechend teurer. Man rechnet damit, dass die 8400 Wohnungen 18 Monate nach Baubeginn beziehbar sein werden.

SPD. Genf, 17.September (Eig.Drahtb.)

Die Vollversammlung des Völkerbundes wählte am Mittwoch Guatemala mit 41, Norwegen mit 38 und Irland mit 36 von 52 abgegebenen Stimmen zu nichtständigen Mitgliedern des Rates. Die von dem chinesischen Vertreter für China beantragte Wiederwählbarkeit wurde abgelehnt.

SPD. Tromsö, 17.September (Eig.Drahtb.)

Es sind hier neuerdings starke Zweifel aufgetaucht, ob die von der "Isbjoern" aufgefundenen Beinreste tatsächlich, wie bisher angenommen wurde, von dem dritten Teilnehmer der Andreé-Expedition Knut Fraenkel stammen. Ein Teil des Skeletts stellt wahrscheinlich den bisher fehlenden Oberkörper Andreés dar. In Anbetracht der Zweifel wurde Andreés Sarg am Mittwoch-Vormittag von der Tromsöer Domkirche wieder in das Küstenhospital überführt und geöffnet. Ein offizielles Kommuniqué über die Untersuchung ist für Donnerstag zu erwarten.

SPD. Genf, 17.September (Eig.Drahtb.)

Die von der Vollversammlung des Völkerbundes am Mittwoch einstimmig angenommene Europa-Entschliessung lautet in ihrem entscheidenden Teil :

"Die Versammlung fordert die europäischen Mitgliedsstaaten auf, in Verbindung mit dem Sekretariat die Untersuchung gleichsam als Ausschuss des Völkerbundes weiter zu verfolgen und erinnert sie daran, dass sie in dem Masse wie eine solche Zusammenarbeit ihnen nützlich erscheint, die Möglichkeit haben diese Untersuchung in Verbindung mit den nichteuropäischen Mitgliedern sowie den Regierungen, die nicht Völkerbundsmitglieder sind, weiter zu verfolgen. Die ersten Ergebnisse sollen sobald als möglich in Form von konkreten Vorschlägen zusammengefasst werden in einem Bericht, der in geeigneter Weise aufgestellt werden soll, um der nächsten Versammlung unterbreitet zu werden."

Aus diesem Wortlaut der Entschliessung geht hervor, dass Sowjetrussland zur Mitarbeit eingeladen werden kann. Eine entsprechende Aufforderung dürfte schon demnächst erfolgen.

SPD. Köln, 17.September (Eig.Drahtb.)

Das rheinische Zentrumsblatt, die Kölnische Volkszeitung schreibt in ihre Mittwoch-Ausgabe, dass der preussische Ministerpräsident Otto Braun auch nach ihrer Meinung z.Zt. die stärkste politische Potenz der Sozialdemokratie ist. Das Blatt schreibt dann weiter :

"Warten wir ab, ob und wie diese Potenz im Reiche mit den Schwierigkeiten der Lage zur Geltung kommt und welchen Einsatz sie mitzubringen in der Lage ist. Wir werden aber darum keinen Augenblick vergessen, welchen Einsatz und welche Garantie wir in Heinrich Brüning und in einer geschlossenen ihrer Verantwortung wie immer bewussten Zentrumspartei bereits besitzen. Wer mit uns arbeiten will, dem sagen wir ganz ruhig, aber auch ganz bestimmt: "Hände weg von Brüning".

SPD. Lüttich, 17.September (Eig.Drahtb.

Das internationale Bergarbeiter-Komitee trat am Mittwoch unter dem Vorsitz von Richards-England in Lüttich zusammen. Aus Deutschland waren anwesend Husemann, Limberts, Dr. Berger, Franz Schmidt und A. Schmidt. Ferner waren vertreten Belgien, Frankreich, Holland, Schweden und Luxemburg.

Zunächst beschloss die Konferenz eine scharfe Protestkundgebung gegen die von Pilsudski anbefohlene Verhaftung des polnischen Bergarbeiterführers und Sejmabgeordneten Stonczyk. Ferner wurde beschlossen, bei den verschiedenen Regierungen wegen des Gewaltregiments Pilsudskis, das eine Gefahr für den Frieden und den sozialen Fortschritt darstellt, vorstellig zu werden.

Der wichtigste Punkt der Tagesordnung der Konferenz war die Behandlung des Kohlenproblems. Nach einem ausführlichen Meinungsaustausch über das Fehlschlagen der bisherigen Versuche, d.h. den Völkerbund zu entscheidenden Schritten zum Zwecke der internationalen Lösung des Kohlenproblems zu bewegen bezw. durch das Internationale Arbeitsamt eine internationale Beschränkung der Arbeitszeit im Kohlenbergbau zu erzielen, wurden verschiedene Beschlüsse gefasst. Einmal wurde an den englischen Handelsminister Graham, der sich um diese Frage hervorragend bemüht hat, ein Schreiben gerichtet, in dem er ersucht wird, seinen Einfluss dahin geltend zu machen, dass die Frage des internationalen Kohlenproblems vom Wirtschaftsausschuss des Völkerbundes sobald als möglich nochmals erörtert wird. U.a. wird in dem Schreiben auf den Beschluss der Völkerbundsversammlung vom September 1929 hingewiesen, der den Völkerbundsrat aufforderte, die Vorschläge der Sachverständigenkonferenz zu berücksichtigen. Der Krakauer internationale Bergarbeiterkongress habe in

einer Entschliessung gegen dieses Versagen des Völkerbundes bereits protestier und seine Forderungen erneuert. Bisher sei sein Protest aber ohne Erfolg geblieben.

Über die Frage der Arbeitszeit im Kohlenbergbau wurde nach sehr eingehender Beratung folgende Entschliessung angenommen: "Die Konferenz spricht ihr Bedauern darüber aus, dass die Genfer Arbeitskonferenz vom letzten Juni den Konventionsentwurf bezüglich der Arbeitszeit im Kohlenbergbau abgelehnt hat. Sie erneuert energisch die Forderung, dass diese in der Konferenz von 1931 endgültig gelöst wird. Wenn das nicht geschieht, dann wird das Vertrauen der Grubenarbeiter in den seither zum Ausdruck gebrachten Wunsch des Völkerbundes, die ungerechten Arbeitsbedingungen des Bergbauproletariats zu mildern, ernstlich erschüttert werden."

Die nächste Sitzung des internationalen Komitees wird am 8.Dezember in Berlin stattfinden.

SPD. London, 17.September (Eig.Drahtb.)

Das in der letzten Woche festgestellte Anwachsen der englischen Arbeitslosigkeit um 79 127 Personen hat neue grosse Besorgnisse in allen politischen und wirtschaftlichen Kreisen Englands ausgelöst. Die Regierung versucht, durch sofortige Notstandsmassnahmen der Arbeitslosenflut, die jetzt auf 2 139 571 Personen angestiegen ist, einen Damm entgegenzusetzen. An den in den verschiedenen Ministerien stattfindenden Beratungen nehmen auch die Liberalen teil.

SPD. Genf, 17.September (Eig.Drahtb.)

Die Wahl des Ersatzmannes für den am Internationalen Ständigen Gerichtshof im Haag zurücktretenden Amerikaner Charles Evans Hughes durch die Vollversammlung des Völkerbundes fiel mit 33 von 47 abgegebenen gültigen Stimmen auf Frank Kellogg, den Vater des bekannten Kellogg-Paktes. Das Mandat von Kellogg ist bis zum 31.Dezember 1930 befristet. Die endgültige Wahl der 15 ständigen Richter für den Internationalen Gerichtshof erfolgt in einer späteren Vollversammlung.

SPD. Wien, 17.September (Eig.Drahtb.)

Am Mittwoch begann vor einem Wiener Gericht ein auf mehrere Tage berechneter Beleidigungsprozess des Direktors der Bundesbahnen Dr. Strafella gegen den verantwortlichen Redakteur der "Wiener Arbeiter-Zeitung". Dem Prozess liegt ein Artikel der "Wiener Arbeiter-Zeitung" zugrunde, in dem Strafella vorgeworfen wird, dass er die Bundesbahnen als Melkkuh für die Christlichsozialen und für den Kriegsfonds der Heimwehren benutzen wolle. Es wird in dem Artikel insbesondere auf zwei Geheimfonds der Bundesbahnen hingewiesen. Ausserdem wird Strafella vorgeworfen, dass er dunkle Häuserspekulationen betrieben und unrichtige Steuererklärungen über sein Einkommen abgegeben habe.

Die Vertreter des Angeklagten haben einen umfangreichen Wahrheitsbeweis angeboten.

SPD. Montreal, 17.September (Eig.Dr.)

Zollerhöhung gegen Arbeitslosigkeit war die Wahlparole der kanadischen Konservativen, mit der sie bei den jüngsten Parlamentswahlen die Mehrheit gewannen und damit zur Regierung gelangten. Gestützt auf diese parlamentarische

Mehrheit hat sich die neue Regierung beeilt, ihr Wahlversprechen in die Tat umzusetzen.

Mit 116 gegen 62 Stimmen genehmigte das kanadische Abgeordnetenhaus am Mittwoch den neuen Zolltarif, der einen bisher unbekannten Zollrekord aufstellt. Für 134 von 150 Artikeln ist der Einfuhrzoll in der beispiellosesten Weise erhöht worden. Hiervon werden die wichtigsten industriellen und agrarischen Produkte betroffen. U.a. wird der Zoll für alle aus den Vereinigten Staaten kommende Agrarprodukte sowie Vieh von 10 auf 25 %, für Eisen und Stahl von 2 auf 4½ Dollar pro Tonne, für landwirtschaftliche Maschinen aus USA um 300 bis 400 % erhöht. Die Zollerhöhung ist die Antwort Kanadas auf die amerikanische Zollerhöhung. Das neue kanadische Gesetz verteuert jedoch in ähnlicher Höhe die Einfuhr aus allen anderen Ländern sowie auch aus England, dem lediglich einige kleinere Erleichterungen für Textilwaren zugestanden worden sind. Durch die Zollerhöhung hofft die kanadische Regierung, die Arbeitslosigkeit beseitigen zu können.

Der neue Zolltarif ist nicht nur ein schwerer Schlag für alle exportierenden Länder, sondern vor allem auch für die Imperium-Zollidee der englischen Konservativen. Ihre Absicht ist es, das gesamte britische Reich in einer Zolleinheit zu verschmelzen: erhöhte Zölle nach aussen, Zollfreiheit im Innern. Wenn sich jetzt Kanada derartig gegen die englische Einfuhr absperrt, so zeigt dies, wie undurchführbar die Zollidee der Konservativen und wie entgegengesetzt die Wirtschaftsentwicklung der britischen Überseeländer ist.

SPD. Bern, 17.September (Eig.Drahtb.)

Offiziös wird mitgeteilt, dass mit einer Erhöhung des schweizerischen Militärbudgets auf 100 Millionen Franken zu rechnen sei. Gegenwärtig erreicht das Budget eine Höhe von nicht ganz 90 Millionen. Die Erhöhung soll für die Anschaffung von Material, darunter besonders Gasmasken Verwendung finden.

SPD. London, 17.September (Eig.Drahtb.)

Einer der grössten Betrüger und Abenteurer der modernen Zeit, Dennis Corrigan, wurde am Mittwoch in London zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Verhandlung ergab, dass Corrigan in seiner fantastischen Laufbahn, die ihn in zahlreiche Länder brachte, seine Gläubiger um 100 000 Pfund Sterling betrogen hat, die er für Geschäftsgründungen seinen gutgläubigen Opfern entlockt hatte.

SPD. Der Reichskanzler beabsichtigt zunächst politische Besprechungen mit den Parteiführern nicht einzuleiten. Mit der Diskussion über die Gestaltung der parlamentarischen Verhältnisse soll erst nach der Rückkehr des preussischen Ministerpräsidenten Dr. Braun aus dem am Montag angetretenen, kurzen Erholungsurlaub begonnen werden. Brüning selbst dürfte im Verlauf der nächsten Woche Berlin ebenfalls auf einige Tage verlassen.

\+ + +

Der Pressedienst der Zentrumspartei schreibt: "Die Reichsregierung muss die Zügel in der Hand behalten. Man kann schliesslich keine Narren (Nationalsozialisten) regieren lassen, und der Reichstag ist uns als Kaltwasserheilanstalt zu schade."

Aus aller Welt

Sowjet am Nil.

Was will Herr Dietrich bei den Pyramiden?

SPD. Englische Blätter bringen eine merkwürdige Meldung. In Kairo soll es der politischen Polizei gelungen sein, einen Mann festzunehmen, der von Moskau beauftragt war, die Spionage- und Propagandaorganisationen der Russen für ganz Aegypten aufzuziehen. Angeblich soll dieser geheimnisvolle Agent über sehr erhebliche Geldmittel verfügen, die ihm Sowjetrussland zur Verfügung gestellt habe. Seine Aufgabe sei nicht nur gewesen, mit den Führern der ägyptischen Oppositionsparteien Fühlung zu nehmen, sondern auch Regierungsbeamte zu bestechen, um internes Material über die Pläne der Regierung zu erhalten. In den Koffern des Verhafteten soll man auch Geheimmaterial gefunden haben, an dessen Entzifferung zurzeit noch gearbeitet wird. Der Verhaftete ist angeblich ein Deutscher und zwar ein gewisser Paul Dietrich aus Berlin.

+

Dietrich, der, so teilen die englischen Blätter mit, ständig zwischen Moskau und Berlin hin und herpendelte, war erst kürzlich in Moskau, wo ihm die Direktiven für seine weitere Arbeit gegeben wurden. Als er nach Berlin zurückkehrte, wurden englische Geheimagenten auf ihn aufmerksam. Von da an war er in ständiger Bewachung, die auch nicht unterbrochen wurde, als sich der nunmehr Verhaftete vor etwa drei Wochen nach Aegypten einschiffte. In Kairo angekommen, nahm Dietrich sogleich die Verbindung mit verschiedenen Persönlichkeiten auf, die ihm zur Förderung seiner Ziele genehm schienen und begann, seine Organisationen aufzubauen. Die Polizei, über alle Schritte Dietrichs genauestens unterrichtet, griff erst zu, als sie genug Material in der Hand zu haben glaubte. Man nahm aber nicht nur Paul Dietrich fest, sondern auch drei andere Personen, deren Nationalität allerdings noch nicht feststeht. Es wird jedoch von den Blättern behauptet, dass die drei anderen Festgenommenen ebenfalls Deutsche, oder wenigstens naturalisierte Russen, seien.

+

Einer der Festgenommenen war vor etwa vierzehn Tagen nach Palästina gefahren, um dort den Grundstock zu einer illegalen Organisation zu legen. Hierbei wurde festgestellt, dass Propagandaflugblätter der Kommunisten sowie vertrauliche Informationen über die eventuelle Möglichkeit einer illegalen Bewaffnung der arabischen Arbeiter ausgegeben worden waren. Inwieweit diese nach Sensation riechenden Mitteilungen der englischen Blätter stimmen, bleibe dahin gestellt. Tatsache ist allerdings, dass den Sowjetleuten an einer Verschärfung des jüdisch-arabischen Konflikts viel gelegen ist und dass sie seinerzeit alles getan haben, um die von ihren religiösen Führern zu Progromen verleiteten arabischen Landarbeiter zu weiteren Aufständen zu veranlassen. Erinnert sei nur an die widerwärtige Blutkampagne, die seinerzeit die deutschen Kommunisten veranstalteten, bei der in zahllosen Versammlungen der berüchtigte Heinz Neumann, der "Arbeiterschlächter von China", die "erbarmungslose Ausrottung der jüdisch-palästinensischen Bourgeoisie" gefordert hatte.

+

Recht amüsant ist, dass der angebliche Paul Dietrich auch den Auftrag hatte Scharen geeigneter Aegypter nach Russland zu überführen, wo sie dann in russischer "Propagandakunst" systematisch unterrichtet werden sollten. Diese "Sowjetkurse" sollen so sehr besucht gewesen sein, dass man in Moskau einen ganzen Häuserkomplex für die Arbeiten dieser ägyptisch-kommunistischen "Hochscule

für „Politik" zur Verfügung stellte.

Und wer mag der angebliche Dietrich sein? Handelt es sich um den kommunistischen Reichstagsabgeordneten Paul Reinhold Dietrich, der früher Mitglied der Hamburger Bürgerschaft war und im letzten Reichstag den Wahlkreis Thüringen vertreten hatte?

Jedenfalls kann man über die weitere Entwicklung dieser interessanten politischen Kriminalaffäre sehr gespannt sein.

+ + +

Benzolexplosion bei Berlin. In der Asphaltfabrik Schliemann in Rudow bei Berlin brach ein Feuer aus, durch das ein mit 10 000 Litern Rohbenzol gefüllter Doppeltank zur Explosion gebracht wurde. Ein Teil der Fabrik ist abgebrannt, ein Arbeiter wurde durch Brandwunden schwer verletzt. Die Feuerwehr war mit fünf Löschzügen vier Stunden lang bei der Arbeit.

+ + +

Haftbefehl gegen Al Capone. Richter Lyle in Chikago hat gegen den berüchtigten Bandenführer Al Capone, der zu den reichsten Männern Chikagos gehört, sowie gegen dessen Bruder Ralph und gegen weitere 24 Komplizen der beiden Haftbefehl erlassen. Richter Lyle will, wie er sagt, endlich mit den "Volksfeinden" aufräumen und das Banditenunwesen ohne alle Rücksicht auf irgendwelche politischen und finanziellen Hintermänner bekämpfen.

+ + +

Freitod wegen des Wahlausfalls. Der republikanisch gesinnte und in dieser Richtung auch sehr aktive Studiendirektor Werner Rack der Aufbauschule in Schwerin a.d.Warthe hat sich aus Verzweiflung über den Misserfolg der bürgerlichen Mitte bei den Reichstagswahlen erschossen. Rack, der wegen seiner Verfassungstreue von den einheimischen Nationalsozialisten aufs heftigste und persönlichste befehdet worden war, hatte zuletzt die Organisation der Schweriner Ortsgruppe der Staatspartei übernommen. Die Tatsache, dass in ganz Schwerin nur 65 staatsparteiliche Stimmen zusammenkamen, dürfte zu der bis zum Todesentschluss führenden seelischen Depression wesentlich beigetragen haben.

+ + +

Saxophon=Weltmeister. Was uns bisher gefehlt hat, verzeichnet der Chronist beglückt: ein Dirigent namens Roman Begulawski hat in Fouras bei Rochefort (Frankreich) vor einem Kontrollausschuss elf Stunden lang ununterbrochen Saxophon geblasen und sich damit zum Weltmeister dieses Erwerbszweigs aufgespielt. Ein noch wesentlich verrückterer Rekord wurde gleichsfalls in Frankreich erzielt; ein sich hinter einem Pseudonym verbergender Schriftsteller schrieb einen mehrere 100 Seiten langen Roman, ohne ein einziges Mal den Buchstaben "A" zu benutzen, also jenen Buchstaben, der in der französischen Sprache am häufigsten vorkommt.

+ + +

Geheimnis um ein Kardinalbild. Aus dem Pariser "Institut de France", der Akademie der Unsterblichen, ist auf mysteriöse Weise ein Riesenbild des Kardinals Richelieu, des Begründers des Instituts, verschwunden. Da das Bild 2,30 Meter hoch und 1,50 Meter breit ist, kann man sich einen Diebstahl kaum erklären. Merkwürdig ist, dass bereits vor zwei Jahren aus dem Sitzungssaaal der Akademie eine kostbare Urne vom Kaminsims verschwand.

+ + +

Frauenmord in Frankfurt. In Frankfurt /Main wurde die 62jährige Witwe Elisabeth Schreyer in ihrer Wohnung ermordet aufgefunden. Da eine Reihe von Begleitumständen darauf hindeuten, dass der Täter nicht nur die Verhältnisse der Frau Schreyer gut gekannt hat, sondern im Hause so bekannt war, dass es ihm gelangen ist, den sehr wachsamen und für Fremde unzugänglichen Hund der Ermordeten in ein Zimmer einzusperren, hat die Polizei die Adoptivtochter der Frau Schreyer und einen ihrer Freunde im Verdacht, die Tat ausgeführt zu haben. Diese Tochter hat das kinderlose Ehepaar Schreyer vor 18 Jahren adoptiert. Ihre Eltern waren Zirkusartisten.

+ +

Morphiumschmuggel auf der "Europa". Bei der letzten Ankunft der "Europa" des Norddeutschen Lloyd in New=York entdeckten Detektive des amerikanischen Schatzamtes, die vorher einen entsprechenden Wink von der Schiffsleitung bekömmen hatten, in mehreren Koffern Morphinquantitäten im Werte von 20 000 Dollar. Der Hilfsgepäckmeister Karl Schoch, der den Versuch gemacht hatte, das Morphin einzuschmuggeln, ist verhaftet worden. Weitere Verhaftungen stehen bevor. Man hofft, durch die Entdeckung der Morphinkoffer, die angeblich durch einen nur bis Southampton mitfahrenden Reisenden an Bord gebracht worden sein sollten, einem grossen Schmuggelring auf die Spur gekommen zu sein.

\+ + +

Heroinschmuggel aus Russland? Bei der zollamtlichen Durchsuchung des in Marseille aus einem Hafen des Schwarzen Meeres angekommenen Dampfer "Tadla" wurden grosse Mengen von Rauschgiften, hauptsächlich von Heroin entdeckt. Man glaubt einer grossen Organisation von Rauschgifthändlern auf die Spur gekommen zu sein, da man in letzter Zeit die Erfahrung gemacht hatte, dass fast alle aus Südrussland kommenden Schiffe Rauschgiftmittel führen.

\+ + +

Friedensfeiern in Paris. Anlässlich der Eröffnung des Washingtoner Kongresses der ehemaligen alliierten Kriegsteilnehmer wird Freitag nacht um 2,30 Uhr am Grabe des unbekannten Soldaten unter dem Pariser Triumphbogen eine grosse Antikriegsfeier veranstaltet, bei der der Gouverneur von Paris, General Gouraud, die Hauptansprache halten wird. Die Verbreitung der Feier durch Rundfunk ist vorgesehen.

\+ + +

Ford in Baden-Baden. Ford ist von Nancy kommend im Auto in Baden=Baden eingetroffen und wird von dort aus voraussichtlich direkt nach Oberammergau fahren. Anschliessend sind Besuche in Köln und Berlin geplant.

\+ + +

Festnahme eines Sowjetschützen. Die Berliner Polizei ermittelte als den Spandauer politischen Schützen, der in der Nacht vom 12. zum 13. September den Nationalsozialisten Schröder schwer verletzt hat, den Arbeiter Erhard Stelter aus Spandau, früheres Mitglied der Roten Jungfront und der Antifaschistischen jungen Garde.

\+ + +

30 000 Mark unterschlagen. Nach Unterschlagung von 30 000 Mark wurde der 31 Jahre alte Karl Schmidt aus Berlin=Tegel, Geschäftsführer einer grossen Vermögensverwaltung G.m.b.H., flüchtig. Die Unterschlagung kam bei einer plötzlichen Revision ans Tageslicht. Spuren des Geflüchteten weisen nach Süddeutschland.

\+ + +

Im Auto durch Afrika. In Kairo trafen im Auto die beiden jungen Engländerinnen Badgell und Belcher ein, nachdem sie die 8000 Meilen lange Strecke von Kapstadt bis Kairo in fünfeinhalb Monaten allein in ihrem Wagen zurückgelegt haben.

\+ + +

Flugzeugabsturz in der Lausitz. In der Nähe von Bademäusel (Lausitz) stürzte der Kottbuser Sportflieger Fritz Haack mit seiner Maschine "D 365" ab. Das Flugzeug verbrannte, der Flieger kam mit leichten Hautabschürfungen davon.

\+ + +

Gastod in Arbeiterfamilie. In Lyon kam eine sechsköpfige Familie -Vater, Mutter und vier kleine Kinder - durch Einatmen von Kohlenoxydgas, das einem schadhaften Ofen entströmt war, ums Leben.

\+ + +

Gronau-Ankunft am Freitag. Der Ozeanflieger von Gronau wird voraussichtlich am Freitag an Bord des Dampfers "Hamburg" in Cuxhaven eintreffen. Für kommenden Montag ist ein Vortrag Gronaus über seinen Flug im Berliner "Club der deutschen Presse" angekündigt.

Gewerkschaftliche Rundschau

Jahrbuch des A.D.G.B.

(Aufstieg trotz Wirtschaftskrise.)

SPD. Das Jahrbuch des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) für 1929 - das dieser Tage erschienen ist - ist diesmal mehr als eine notwendige kritische Rückschau auf die Arbeit und Entwicklung der deutschen Gewerkschaften im vorigen Jahr; es ist ein geschichtliches Dokument dafür, dass der modernen Arbeiterbewegung eine Urkraft innewohnt, die durch nichts, selbst durch die schwerste wirtschaftliche Depression gebrochen werden kann.

Die katastrophale Zuspitzung der Krise auf dem Arbeitsmarkt in der zweiten Hälfte des Vorjahres liess die Befürchtung aufkommen, dass die Mitgliederbilanz der Freien Gewerkschaften gegen Jahresschluss 1929 ungünstig beeinflusst würde. Diese Besorgnisse haben sich erfreulicherweise als unbegründet erwiesen. Der ADGB hat seinen Mitgliederbestand vom Jahre 1928 nicht nur gehalten, sondern ihn noch gesteigert. Die Zahl der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen stieg im Jahr 1929 um 81 369 auf 4 948 267. Wenn dieser Zuwachs, gemessen an dem Aufstieg in den beiden vorangegangenen Jahren, nicht besonders gross ist, so beweist er doch, dass den Freien Gewerkschaften auch in krisendurchbebten Zeiten ihre Werbekraft nicht verloren geht. Dass der Auftrieb in der Mitgliederbewegung der Freien Gewerkschaften Deutschlands auch im vorigen Jahre nicht stockte, ist deshalb besonders bemerkenswert, weil die Arbeitslosigkeit 1929 etwa um 150 % grösser war als 1928. Unter Umrechnung der Kurzarbeit in Vollarbeitslosigkeit waren im Berichtsjahr in der Konjunkturgruppe 11,9 % der Gewerkschaftsmitglieder (1928 = 8,2 %) arbeitslos, in der Saisongruppe 28,5 % (17,8 %) und in sämtlichen Verbänden 15,1 % (10 %).

Wie sich diese Entwicklung des Arbeitsmarktes auf die Finanzen der Gewerkschaften auswirkte, zeigt eine Vergleichung der Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung im Vorjahre mit denen im Jahre 1928. Die Ausgaben der Gewerkschaften für Arbeitslosenunterstützung stiegen von rund 28 Millionen Mark im Jahre 1928 auf rund 45 1/4 Millionen Mark im Berichtsjahre. Auf die Arbeitslosenunterstützung entfielen allein 52,1 % der gesamten Ausgaben für Unterstützungszwecke, die sich auf 86,79 Millionen Mark beliefen gegenüber 62,54 Millionen Mark im Jahre 1928. Von den Gesamtausgaben der Gewerkschaften machten allein die für Unterstützungen 42,8 % aus gegen 33 % im Vorjahre. Diese Vergleichung sowie die Tatsache, dass die Kosten der Arbeitskämpfe sich gegen das Jahr 1928 um 18,9 Millionen Mark auf 13,3 Millionen Mark verringerten, spiegeln am deutlichsten den Krisencharakter des vorigen Jahres wieder.

Auch die Einnahmen der Verbände im Berichtsjahr waren günstiger, als bei der schwierigen Wirtschaftslage erwartet werden konnte. Die Einnahmen der dem ADGB angeschlossenen Verbände stiegen im Vorjahr um 29,69 Millionen Mark auf 251,39 Millionen Mark. Der Rückgang der Zahl der Lohn- und Tarifbewegungen gegen 1928 ist aus der allgemeinen schlechten Wirtschaftslage zu erklären, die auch für die Aktionskraft der Gewerkschaften ein natürliches Hemmnis war. Die Bewegungen blieben mit 10 814 857 um rund 10 % hinter der Zahl von 1928 zurück. Erreicht wurde durch sie eine wöchentliche Lohnerhöhung von 14,36 Millionen Mark, die Abwehr von wöchentlich 367 545 Mark Lohnabzug, eine Arbeitszeitverkürzung von 1 078 732 Stunden die Woche, sowie die Abwehr von 20 209 Stunden Arbeitszeitverlängerung pro Woche.

Die Tariflöhne, also nicht die wirklich gezahlten Löhne, erhöhten sich

nach der Tarifstatistik des ADGB im Vorjahre um 4,5 %. Dieser Erhöhung dürfte aber nach Ansicht des ADGB eine Senkung der Akkorde und übertariflichen Spitzenlöhne etwa im gleichen Ausmass gegenüberstehen, sodass eine Hebung des Lohnniveaus der deutschen Arbeiterschaft im vorigen Jahr nicht eingetreten ist.

Mit diesen Gegenüberstellungen ist nur ein Teil des Jahrbuches 1929 des ADGB grob skizziert. Es ist allerdings der Teil, der für den um die Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage ringenden Betriebsarbeiter zunächst am wichtigsten ist. Was die Freien Gewerkschaften im vorigen Jahre hinsichtlich der Verbesserung des Arbeitsschutzes, der Sozialversicherung, des Arbeits- und Wirtschaftsrechtes, der Bildung der Arbeiterschaft und überhaupt auf kulturgeschichtlichem Gebiet getan haben, kann in diesem Zusammenhang nicht einmal angedeutet, viel weniger noch besprochen werden. Schliesslich ist auch das Jahrbuch des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes dazu da, um von den Mitgliedern der Freien Gewerkschaften, vornehmlich aber von ihren Funktionären, gelesen zu werden. Sie sollen daraus neuen Antrieb für ihre Arbeit in den Verbänden erhalten und daraus Material für den Kampf gegen die Gegner der Freien Gewerkschaftsbewegung schöpfen.

Die Bilanz des ADGB für das Jahr 1929 lässt die berechtigte Erwartung zu, dass es den Freien Gewerkschaften auch in dem noch schwärzeren Krisenjahr 1930 gelingen wird, die Verhältnisse, die zweifellos düster erscheinen, zu meistern und die Bahn für den weiteren wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse frei zu machen und frei zu halten.

SPD. Zu den Leistungen der Krankenversicherung nach der Reichsversicherungsordnung gehört auch die Gewährung von Wochenhilfe an Ehefrauen und Töchter der Krankenversicherten. Diese Wochenhilfe für Familienangehörige ist in den §§ 205a bis 205d der Reichsversicherungsordnung genau geregelt. Seit Einführung dieser Wochenhilfe für Familienangehörige ist das Reich an den Kosten dieser Wochenhilfe beteiligt gewesen. Ursprünglich hat das Reich den Krankenkassen die Hälfte der Aufwendungen für die Wochenhilfe für Familienangehörige erstattet. Später ist dann der Anteil des Reichs an dieser Wochenhilfe gekürzt und allgemein auf 50 Mark pro Wochenhilfefall festgesetzt worden. Auch heute noch bestimmt § 205d Abs. 1 der Reichsversicherungsordnung, dass zu den Aufwendungen der Wochenhilfe für Familienangehörige die Krankenkassen einen Reichzuschuss von 50 Mark für jeden Entbindungsfall erhalten und im Abs.4 des gleichen Paragraphen ist bestimmt, dass die Kasse beantragen kann, dass ihr vom Reiche auf den Zuschuss ein Vorschuss gewährt wird, der aber den Betrag nicht übersteigen darf, der der Zahl der voraussichtlich zu entschädigenden Entbindungen entspricht. Auch durch die Verordnung über die Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände vom 26.Juli 1930 ist daran nichts geändert worden.

Trotzdem hat der Reichsarbeitsminister dem Reichsversicherungsamt in Berlin mitgeteilt, hinsichtlich der Gewährung des Reichszuschusses für Familienwochenhilfe sei für die Zeit vom 1.August 1930 bis zum Ende des Rechnungsjahres 1930 (31.März 1931) eine von der Bestimmung des § 205d der Reichsversicherungsordnung abweichende Regelung in Aussicht genommen. Der Reichsarbeitsminister hat weiter angeordnet, dass der Reichszuschuss in der bisherigen Höhe nur noch für solche Entbindungsfälle zu zahlen sei, die bis zum 31.Juli 1930 eingetreten sind. Für die nach dem 31.Juli 1930 stattgefundenen Entbindungen sollen zunächst auch Vorschüsse nicht gezahlt werden.

Dem Reichsarbeitsminister fehlt für dieses Vorgehen jede rechtliche Grundlage.

SPD. Im Ruhrbezirk haben die Kommunisten einen neuen Führer der Revolutionären Gewerkschaftsopposition herausgestellt. Es handelt sich um einen gewissen Johann Biefang. Im Hauptberuf ist er Redakteur des kommunistischen "Ruhr-Echos" in Essen. In dieser Eigenschaft leistet Johann Biefang dadurch Erkleckliches, dass er alte erprobte Gewerkschafter in der schamlosesten Weise und in persönlich gehässigster Art beschimpft.

Ein Mann, der so den Kampf gegen Gewerkschafter führt, die ihre Verdienste um die deutsche Arbeiterbewegung haben, kann sich nicht darüber beschweren, dass man sich einmal um ihn selbst und sein Vorleben bekümmert. Wer im Glashaus sitzt, darf eben nicht mit Steinen werfen. Die Lebensgeschichte des Herrn Biefang vom kommunistischen "Ruhr-Echo" ergibt einfach tolle Geschichten. Der Name des Herrn Biefang ging zum ersten Mal am 5.Mai 1914 durch die rheinischen Tageszeitungen. Biefang wurde damals durch die Strafkammer in Cleve wegen Einbruchsdiebstahls zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Es ist sicherlich unrecht, wenn man einem Menschen seine Vorstrafe vorwirft. Jemand kann gefehlt haben und doch ein tüchtiger Mensch werden. Bei Herrn Biefang liegen die Dinge augenscheinlich aber anders. Seit dem 5.Mai 1914, wo seine erste Verurteilung wegen Einbruchsdiebstahls erfolgte, hat sich die Zahl seiner Vorstrafen auf 12 erhöht. So verurteilte ihn die Strafkammer in Cleve im Februar 1915 ebenfalls wegen Einbruchdiebstahls zu 7 Monaten Gefängnis; im Mai 1915 wurden ihm durch das Schöffengericht in Elberfeld noch 3 Wochen Gefängnis wegen Hehlerei zudiktiert. Im August 1925 erfolgte seine Verurteilung durch das Schöffengericht in Duisburg wegen Zollhinterziehung und Preistreiberei zu 2 095,20 Mark Geldstrafe. Die Verhandlung ergab, dass Biefang zu jener Kategorie von Schiebern und Schleichhändlern gehörte, die für ihre Ware unverschämte Preise forderten und aus der Not ihrer Volksgenossen Kapital schlugen. In Russland werden solche Kreaturen kurzerhand erschossen. Die deutschen Kommunisten machen diese Leute aber zu Führern der Revolutionären Gewerkschaftsopposition.

Aber noch etwas anderes: Unter den 12 Vorstrafen des Herrn Biefang befindet sich eine, die er am 17.September 1919 erlitt. Damals verurteilte das Gericht der stellvertretenden Infanteriebrigade in Flensburg Biefang wegen Rückfalldiebstahls zu 5 Monaten Gefängnis. Jeder fragt sich, was der "revolutionäre" Biefang eigentlich um diese Zeit beim Militär zu suchen hatte. Die Antwort ist einfach: Biefang gehörte zu einem Freiwilligenkorps, also zu jenen Leuten, die die Kommunistische Partei gewöhnlich mit Namen wie Noskebanditen usw. belegen.

Herr Biefang scheint überhaupt eine Schwäche für das Militärische zu haben: nämlich 4 Jahre später, im September 1923, steht er wegen militärischer Vergehen vor Gericht und zwar verknackst man ihn in Charlottenburg zu 16 Tagen Gefängnis wegen Unterschlagung von Dienstgegenständen usw. Wieder klingt hier etwas mysteriös. Was hat Biefang noch 1923 mit militärischem Vergehen und Dienstgegenständen zu tun? Antwort: Herr Biefang war mittlerweile Reichswehrsoldat geworden.

Wir glauben wohl, die Zustimmung aller zu haben, wenn wir feststellen, dass dieser Biefang der "rechte" Mann ist, um alte Gewerkschaftsführer zu beschimpfen.

SPD. Die in München stattgefundene erste Reichskonferenz der Abteilung B des Gesamtverbandes - unter die Abteilung fallen die Reichs- und Staatsbetriebe, weiter die Mitropa, Theater, Variétés und Lichtspielhäuser - nahm nach einer Eröffnungsansprache des ersten Vorsitzenden des Gesamtverbandes Schumann ein Referat des Ministerialrats im preussischen Wohlfahrtsministerium Weck über die Sozialversicherung der Reichs- und Staatsarbeiter entgegen. An Hand umfangreichen Zahlenmaterials behandelte Weck das weitverzweigte Gebiet der Kranken- und Unfallversicherung und der Zusatzversorgung. Dabei beleuchtete er die ungeheuren Verschlechterungen der Sozialversicherung durch

die Brüningsche Notverordnung.

Den Geschäftsbericht erstattete der Vorsitzende der Reichsabteilung David Stetter. Im Reichs- und Staatsdienst sind, wie Stetter feststellte, 85 000 Arbeitnehmer beschäftigt, von denen 46,3 % freigewerkschaftlich organisiert sind. Trotz der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse in den letzten Jahren gelang es, die Löhne um 47 % zu erhöhen.

An die beiden Referate schloss sich eine eingehende Aussprache, in der durchweg der feste Wille zu einer strafferen Organisation und zu einem engeren Zusammenschluss zum Ausdruck kam. In einer einstimmig angenommenen Entschliessung wird verlangt: sofortige Einführung der achtstündigen Arbeitszeit in allen dem Reich und den Ländern mittelbar und unmittelbar unterstehenden Betrieben und Verwaltungen, Herbeiführung einer angemessenen Entlohnung zur Belebung des Konsums und Herabsetzung des zum Rentenbezug berechtigenden Lebensalters auf 60 Jahre. In einer zweiten Entschliessung erheben die Arbeitnehmer der Varietes, Theater und Lichtspielhäuser Protest gegen die immer wiederkehrende Behauptung, dass die Finanznot der Theater auf die gegenüber der Vorkriegszeit erhöhten Löhne für das technische Personal zurückzuführen sei; sie erwarten von den in den Kommunal- und Länderparlamenten tätigen Arbeitervertretern weitgehende Unterstützung im Kampf um die Erhaltung des deutschen Kulturtheaters. Eine dritte Entschliessung wendet sich gegen die durch die Brüningsche Notverordnung herbeigeführten Verschlechterungen in der Arbeitslosen- und Krankenversicherung. Der Reichstag müsse diese verfassungswidrigen Verordnungen beseitigen.

SPD. Der preussische Wohlfahrtsminister hat durch eine Verordnung vom 10.September dieses Jahres den Mieterschutz für Wohnungen der Portiers, Heizer und Hausreinigerinnen aufgehoben und zwar mit Wirkung ab 1.April 1931. Diese zweifellos auf Drängen der Hausbesitzer erlassene Verordnung ist eine so ungeheuerliche Massnahme, dass für sie kein Wort der Entrüstung scharf genug sein kann. Sie gibt den Hausbesitzern frei Hand, jeden "missliebigen" Portier am 1.April nächsten Jahres einfach auf die Strasse setzen zu können.

Missliebig sind in den Augen der Hausbesitzer bekanntlich alle die Portiers, die darauf bestehen, nach dem Tarifvertrag entlohnt zu werden, eine tariflich begrenzte Arbeitszeit zu haben usw.. Bei der grossen Wohnungsnot, die schliesslich auch dem preussischen Wohlfahrtsministerium nicht unbekannt sein dürfte, wird die Auswirkung dieser Verordnung bestimmt die sein, dass am 1.April nächsten Jahres tausende von Portiers, Heizern und Hausreinigerinnen auf die Strasse fliegen und ohne Obdach sein werden. Neue Arbeitskräfte hoffen die Herren Hausbesitzer in der jetzigen Zeit der Massenarbeitslosigkeit über genug zu bekommen.

Die täglichen Verhandlungen vor den Arbeitsgerichten liefern Dutzende von Beispielen dafür, welche schäbigen Mittel die Hauspaschas anzuwenden verstehen, um Portiers und Hausreinigerinnen loszuwerden, die nicht nach ihrer Pfeife tanzen wollen. Die zuständige Berufsvertretung der Portiers und Hausreinigerinnen, der Gesamtverband, muss jedenfalls umgehend alle Schritte unternehmen, um diese ungeheuerliche Verordnung schnellstens wieder zu Fall zu bringen.

SPD. Die Verhandlungen in der Berliner Metallindustrie über einen neuen Lohntarifvertrag - der alte Vertrag läuft am 1.Oktober ab - werden am Freitag aufgenommen.

Wirtschaft Technik Handel

Gewerkschaften und Finanzpolitik.

Ordnung der Finanzen ist die Voraussetzung für den Wirtschaftsaufstieg.

SPD. Die schon im Frühjahr 1929 erhobene Forderung der Sozialdemokratie, durch eine grosszügige Finanzreform dem Wiederaufstieg der Wirtschaft die Wege zu ebnen und die von den bürgerlichen Parteien beliebte Flick- und Pfuscharbeit durch wirkliche Finanzpolitik zu ersetzen, ist jetzt wohl Ueberzeugung weitester Kreise geworden. Die Ordnung der Reichsfinanzen erscheint als die Hauptaufgabe des neuen Reichstages. In diesem Zusammenhang ist es zu begrüssen, dass sich das jetzt erschienene Jahrbuch des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) ausführlich mit den Problemen des Geld- und Kapitalmarktes und der Reichsfinanzen auseinandersetzt.

Das Jahrbuch verweist auf den Zusammenbruch der nordamerikanischen Effektenspekulation und die Periode von Zinssenkungen in Amerika und Europa, die sich bis weit in das Jahr 1930 erstreckten. Trotzdem sich nun die Zinsspanne zwischen kurzfristigem und langfristigem Leihgeld von Diskontsenkung zu Diskontsenkung vergrösserte, war aber, wie der ADGB feststellt, eine Umleitung des Ueberflusses am Geldmarkt zum verödeten Kapitalmarkt nicht zu beobachten. Die vorsichtige Zurückhaltung der Kapitalbesitzer sei umso bedauerlicher, als auch von anderer Seite dem Kapitalmarkt neue Beträge nur spärlich zuflossen. Die Kapitalbildung innerhalb der deutschen Wirtschaft habe im Berichtsjahr nicht gleichen Schritt mit den Ergebnissen des Vorjahres gehalten. Die Kapitaleinfuhr andererseits, die in den Jahren 1927/28 rund 1,4 bezw. 1,5 Milliarden Mark betragen hatte, sank 1929 auf rund 350 Millionen Mark. Für diese Mindereinfuhr sind nach Auffassung des ADGB zwei Gründe massgebend: soweit es sich um Kredite an private Anleihenehmer handelte, war es die Zurückhaltung des Auslandes wegen der ungeklärten politischen Lage; soweit öffentliche Körperschaften in Betracht kommen, verhinderte die Beratungsstelle für Auslandsanleihen unter dem Einfluss des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht die Aufnahme ausländischer Kredite und zwang dadurch die öffentliche Hand zu einer ungesunden und gefährlichen Inanspruchnahme kurzfristiger Inlandsgelder.

Die Rückgriffe der vom ausländischen Kapitalmarkt abgeschnittenen öffentlichen Körperschaften auf den kurzfristigen Geldmarkt wären weniger bedenklich gewesen und hätten nicht zur Wirtschaftskrise des Jahres 1930 beizutragen brauchen, wenn man den Mut gehabt hätte, diese Hilfsquellen alsbald durch erhöhte Steuererträge zu ersetzen. Leider hätten die verantwortlichen Stellen in der Mehrzahl der Fälle die Dinge in einem unbegreiflichen Optimismus so lange laufen lassen, bis die privaten Geldgeber auf die Rückzahlung der Kredite drängten und damit die Ebbe in den öffentlichen Kassen den Augen der Oeffentlichkeit preisgaben. Es bleibe nach wie vor unbegreiflich, dass die Oeffentlichkeit trotz mancher Warnungen dieser durch Verantwortungs- und Mutlosigkeit gekennzeichneten Art der Geschäftsführung nicht gebieterisch Einhalt gebot, und auch jetzt noch nicht - trotz der inzwischen gemachten bösen Erfahrungen - aus ihrer Ruhe aufgeschreckt ist. Die Erschütterung, die durch das deutsche Volk ging, als der Reichskanzler Hermann Müller in einer denkwürdigen Sitzung des Reichstages am 13. Dezember 1929 die verzweifelte Lage der Reichsfinanzen darlegte und die nahen Fälligkeitstermine der kurzfristigen Schulden aufzählte, sei schnell ver-

flogen. Aber die Finanznöte des Reiches seien geblieben und haben sich infolge der Verschlechterung der Wirtschaftslage sogar von Monat zu Monat verschärft

Zum Schluss der Ausführungen setzt sich der ADGB mit der Verkennung der finanziellen Lage und der finanziellen Bedürfnisse des Reiches durch die wirtschaftlichen Spitzenorganisationen auseinander, denen im Interesse einer Gesundung der Wirtschaft an einer sofortigen Sanierung des Reichshaushalts gelegen sein müsste. Der ADGB schreibt dazu:"Völlig unverständlich war z.B. die Haltung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, der alsbald nach der Unterzeichnung des Youngplanes durch die Sachverständigen auf Grund der erwarteten Ersparnis von rund 700 Millionen Mark jährlich gegenüber dem Dawesplan ein aller Hemmungen bares Programm für Steuersenkungen entwickelte, das milliardenweit über die erhofften Einsparungen hinausragte, obgleich es allgemein bekannt war, dass der Haushalt für 1929 in der Hoffnung auf eine künftige Erleichterung der Reparationslasten diese Summe bereits in versteckter Form enthielt. Es fanden sich ausser den Gewerkschaften nur wenige Kritiker, die warnend auf die Vorwegnahme noch unsicherer Erleichterungen hinwiesen. In einer beachtlichen Parallelität der Ereignisse sind sowohl bei der Linkskoalition des Jahres 1929 wie bei der Rechtskoalition des Jahres 1930 die Finanzminister - Hilferding bezw.Moldenhauer - und nur sie gestürzt worden, als sie gezwungen waren, dem Parlament einen Nachtrag zu ihrem Haushalt vorzulegen, weil dieser beide Male ein verschleiertes Defizit enthalten hatte. Aber dieses doppelte Warnungszeichen hat bisher noch keine Mehrheit im Parlament zuwege gebracht, die gewillt wäre, trotz aller unbestreitbaren Schwierigkeiten, trotz der Bedrohung zahlreicher Sonderinteressen die Sanierung der Reichsfinanzen energisch und zielbewusst durchzuführen und damit jenen Druck von der Wirtschaft zu nehmen, der ihre Krise erst eingeleitet, dann verschärft hat und auch in Zukunft die sehnlich erwartete Besserung zu unterbinden droht. Wer, wie der Reichsverband der Deutschen Industrie und die besonders von der Schwerindustrie beeinflussten Parteien hartnäckig auf einer Steuersenkung besteht - die bis zur Sanierung der Reichsfinanzen völlig unmöglich ist -, der leistet dem Niedergang der deutschen Wirtschaft Vorschub. Wer sich dagegen, wie die Gewerkschaften, von dem Gedanken leiten lässt, dass gesunde Finanzen die Grundlage und die Voraussetzung für eine gesunde Wirtschaft darstellen, der fördert den Aufstieg der Wirtschaft. Vorerst scheinen leider diejenigen Kräfte die Oberhand zu behalten, die dem Niedergang Vorschub leisten."

SPD. Aus einer Mitteilung des Reichsverbandes freier Schrotthändler Deutschlands ergibt sich, dass sich in der Zeit von August 1929 bis August 1930 die Preise für Kernschrott von 47 auf 33 (um 29%), für Brockeneisen von 43 auf 29 (32%), für Rohschrott von 39 auf 25 (35%), für Drehspäne von 41 auf 21 (48%), für lose Bleichabfälle von 40 auf 25 (37%), für gebündelte Blechabfälle von 42 auf 26(38%) und für hydraulisch gepresste Blechabfälle von 45 auf 30 Mark (33%) gesenkt haben. Im Durchschnitt wird ein Preisrückgang von 36% konstatiert. Der Reichsverband freier Schrotthändler Deutschlands bemerkt dazu, dass durch die Handhabung des Schrottausfuhrverbots die deutschen Werke eine glatte Monopolstellung erlangt hätten. Angesichts dieser Tatsache hätte das Reichswirtschaftsministerium dafür sorgen müssen, dass die grossen Vorteile, die den deutschen schrottverbrauchenden Werken, die gleichzeitig Eisenerzeuger sind, durch die Preissenkung zugute kommen, wieder durch Senkung der Neueisenpreise der Volkswirtschaft zugeflossen wären.

Hier hat das Reichswirtschaftsministerium völlig versagt. In der Vorkriegszeit betrug das Verhältnis vom Schrottpreis zum Neueisenpreis (Stabeisenpreis) 45 bis 50%. Es ist nicht einzusehen, warum die Eisenwerke bei einer durchschnittlichen Schrottpreisermässigung von 36% und bei einem höheren Einsatz

dieses Materials als in der Vorkriegszeit auch heute nicht zu Vorkriegspreisen liefern. Das Wirtschaftsministerium muss unverzüglich an die Regelung dieser Frage gehen.

Nur Teilstützung.

(Berliner Getreidebörse vom 17. September)

SPD. An der Berliner Produktenbörse war die Lage im Roggengeschäft am Mittwoch völlig unverändert. Es lag riesiges Angebot vor, das im Zeithandel zu unveränderten Preisen glatte Aufnahme bei den Stützungsstellen fand. Von prompt em Material wurde nur ein Teil zu Stützungspreisen verkauft. Ein grosser Teil des Restes wurde zu wesentlich niedrigeren Preisen dringend angeboten. Weizen hat nach den Verlusten in den letzten Tagen seinen Preisstand nunmehr stabilisieren können. Im Zeithandel waren sogar kleine Preisgewinne zu verzeichnen. Das Angebot in prompter Ware war nicht gross und fand zu den neuen Preisen Aufnahme. Das Mehlgeschäft blieb schleppend bei unveränderten Forderungen. Hafer hatte stetige Tendenz.

	16. September	17. September
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	233 - 236	233 - 236
Roggen	187	187
Braugerste	204 - 222	204 - 222
Futter- und Industriegerste	180 - 196	180 - 196
Hafer	158 - 169	158 - 169
Weizenmehl	27,50-35,75	27,50-35,75
Roggenmehl	24,75-27,50	24,25-27,50
Weizenkleie	9,00- 9,25	8,75- 9,00
Roggenkleie	8,25- 8,50	8,25- 8,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September 248½-249 Geld, Oktober 250, Dezember 250 und Brief, März 268½. Roggen September 193, Oktober 194, Dezember 204, März 215. Hafer September 168¼, Oktober 169, Dezember 177½, März -.

SPD. In der Schuhindustrie hat sich eine Arbeitsgemeinschaft grösseren Stils angebahnt und zwar handelt es sich um eine Verständigung zwischen der Haueisen & Co. A.G. in Stuttgart (Mercedes) und der J. Sigle & Co. Schuhfabriken A.G. (Salamander) in Kornwestheim-Stuttgart. Mercedes, die eine erstklassige Qualitätsware liefert, weist seit längerem eine unbefriedigende finanzielle Entwicklung auf. Wahrscheinlich wird in der geplanten Zusammenarbeit eine Verständigung über die Herstellung bestimmter Typen verwirklicht. Betrieb und Vertrieb sollen gesondert durchgeführt werden. Die Vereinbarung scheint durchaus gesund zu sein und entspricht nur der Tendenz einer vernünftigen Rationalisierung.

SPD. Der vom Statistischen Reichsamt errechnete Aktienindex (1924-1926=100) stellt sich für die Woche vom 8. bis 13. September 1930 auf 105,0 gegenüber 104,5 in der Vorwoche und zwar in der Gruppe Bergbau und Schwerindustrie auf 101,7 (101,2), Gruppe Verarbeitende Industrie auf 93,4 (93,0) und Gruppe Handel und Verkehr auf 127,8 (127,2).

SPD. Die Bestände der Reichsbank an Handelswechseln und Schecks haben mit 1366,2 Millionen Mark in der Woche zum 15.September einen neuen Tiefstand erreicht. Der Rückfluss betrug 205,7 Millionen Mark gegenüber 170,5 Millionen Mark im vorigen Monat. Insgesamt ist die Kreditbeanspruchung um 200,6 Millionen Mark auf 1531,5 Millionen Mark (im Vormonat 1596,4 Millionen Mark) zurückgegangen. Bei den Gold- und Devisenbeständen liegt eine starke Abnahme um 71,8 Millionen auf 2939,2 Millionen Mark vor. Der Rückgang entfällt durchweg auf die Devisenbestände, die sich um 71,6 Millionen auf 320,5 Millionen Mark verringerten. Hier dürfte der Devisenbedarf für die Reparationszahlungen eine Roll spielen.

SPD. Die Dinge an der Berliner Produktenbörse haben in den letzten Tagen eine bedrohliche Entwicklung genommen. Der Fortfall der Weizeninterventionen, die bereits am Montag erfolgten, hat den Weizenpreis stark gedrückt und man weiss nicht, ob er sich auf dem am Mittwoch erreichten Stand endgültig stabilisiert hat. Soweit die Roggenstützung in Frage kommt, wurde in Terminroggen am Mittwoch weiter gestützt. Das riesige Angebot an Promptroggen konnte aber von den Stützungsstellen nur zum Teil aufgenommen werden. Der Rest wurde dringlich zu weit niedrigeren Preisen als den Stützungspreisen angeboten, ohne dass sich merkliches Geschäft entwickelte. Unruhe in den ganzen Markt trägt auch die Differenz zwischen den Berliner und den Provinzpreisen, die als unhaltbar angesehen wird und auch wirklich unhaltbar ist.

Wir müssen konstatieren - und wir drücken uns dabei sehr vorsichtig aus -, dass die Stützung in der Weise, wie in der letzten Zeit, nicht mehr fortgesetzt werden kann. Damit soll gegen die Stützung an sich nichts gesagt werden. Die Roggenstützung hat sich als notwendig erwiesen und wenn der Roggenmarkt in Deutschland nicht völlig desorganisiert ist, so ist das der Stützungsgedanken. Das Gesagte richtet sich gegen die Auswüchse der Stützung. Diese Auswüchse verdanken wir dem Reichsernährungsminister Schiele. Man treibt einer beispiellosen Preiskatastrophe entgegen, wenn es dem Reichskommissar Dr.Baade nicht gelingt, eine bedenkliche Entwicklung abzustoppen.

Die verschiedenen Angriffe gegen die Stützung haben zweifellos das Vertrauen der Landwirtschaft zu der Stützung untergraben, sodass das Angebot um ein Vielfaches über das normale Mass hinausgeht. Es kann nicht die Aufgabe des Reiches sein, innerhalb weniger Wochen die gesamte Roggenernte des deutschen Ostens aufzukaufen und die Stützung bis zur Erschöpfung der letzten finanziellen Reserven fortzusetzen. Die wichtigste Aufgabe wird wohl sein, die Disparität der Berliner Notierungen zu den wirklich gezahlten Preisen für Roggen zu beseitigen. Wie der "Sozialdemokratische Pressedienst" erfährt, ist schon am Donnerstag mit entsprechenden Massnahmen zu rechnen.

SPD. Der Index der französischen Grosshandelspreise hat sich im Monat August gegenüber dem Vormonat um 4 Punkte auf 544 gesenkt. Der Rückgang ist ausschliesslich auf den Preisrückgang eingeführter Industrieerzeugnisse zurückzuführen. Der entsprechende Index hat von 460 auf 446 nachgelassen. Bei den französischen Preisen selbst geht die Anpassung an das Weltmarktniveau weiter. So ist das Preisniveau im Inland mit 599 um 3 Punkte gestiegen. Auch der Kleinhandelsindex ist nach einer Senkung im ersten und zweiten Vierteljahr 1930 neuerdings wieder angestiegen. Er machte im August 626 aus gegen 601 im Juli.

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S•P•D

Berlin, den 17. September 1930

Die Fliegerbombe.x

SPD. Im Winter 1917/18 lagen wir im Westen. In einem kleinen Dorfe weit hinter der Feuerlinie. Sogar Zivilbevölkerung war noch da. Von uns aber nur unsere Telegraphiestation,Lazarette und Sanitätsformationen.Tagtäglich sahen wir hoch über unsern Köpfen feindliche Bombenflieger,die ins Hinterland flogen und uns ungeschoren liessen. Der Zivilbevölkerung wegen.

An den dienstfreien Nachmittagen hockten wir meistens im Wachtlokal, einer alten Schule, und spielten Karten. Mal nur zum Zeitvertreib, mal um Geld. Gegenüber von uns lag die Kantine. Es waren erträgliche Zeiten. Uns zu gönnen, denn wir hatten alle schon schwere Schüsse weg. Von der Somme her und von Verdun. Nachdem wir ausgeheilt waren,wusste man nicht mehr viel mit uns anzufangen und steckte uns zum Ordnungsdienst in die Etappe.

Eines Nachmittags im Februar - es ging schon gegen Abend - hatten wir wieder einmal sämtliche Kartenspiele durchgedroschen,und der lange,dürre Schmidt, ein Zigarrenreisender aus Thüringen,fing an,Karten zu legen. Zur Abwechselung, wie er sich ausdrückte.

Jeder von uns kam an die Reihe, und jedes Mal erhob sich ein grosses Gelächter! Der eine sollte eine reiche Erbschaft machen,der andere einen verhängnisvollen Brief von einer Dame bekommen: kurzum,es wurde viel Blödsinn daraus.

Der letzte,der dran kam, war Dittmar. Ein älterer,stiller Mann,der sich immer ein wenig zurückhielt. Nicht auffällig,aber doch so,dass man es merkte.

"Da komm doch her,Dittmar!" rief Schmidt ungeduldig.

"Für den musst du ganz besonders legen,Schmidt", scherzte einer.

"Ist ja alles Quatsch. Mich könnt ihr mit dem Schwindel in Ruhe lassen. Ausserdem geh' ich jetzt Bier holen", brummte Dittmar und nahm sich eine Kanne.

"Nee,nee - erst herkommen! Erst Karten legen lassen", schrieen die andern

Dittmar grunzte vor sich hin,liess sich aber endlich doch bewegen und hob die Karten ab. "Mach schnell,Schmidt! Ich hab' Durst", sagte er mit einer merkwürdig hohl klingenden Stimme.

"Immer sachte,sachte - das Bier wird dir schon nicht fortlaufen...."

Wir andern standen um den Tisch herum und passten auf,wie Schmidt die Karten auf der blankgescheuerten Platte ausbreitete. Karte an Karte.

Auf einmal hielt er inne, sah zu Dittmar hin,der noch immer mit der Kanne in der Hand da stand: "Da hast du die Bescherung....!"

Die Karten lagen so,dass sie nach der landläufigen Deutung den Tod anzeigten.

Eine lähmende Pause entstand.

Aber die andern nahmen die Sache nicht ernst: "Na ja,sterben müssen wir alle einmal", rief einer. Und zur grossen Kränkung Schmidt's,der wie ein Medizinmann herumorakelte,ging man ganz allgemein zur Tagesordnung über.

"Ich hab' ja gleich gesagt,dass alles Quatsch ist", sagte Dittmar,nahm die Kanne und schob los. Denn der Tod lag kilometerweit von uns entfernt.Der Tod, der vorn seine rauchende Ernte hielt, hatte,nachdem er uns noch vor einem halben Jahre im Nacken gesessen hatte, nun keine Gewalt mehr über uns. Nicht einmal die Ferngeschütze konnten uns erreichen.

"Wie machst du denn so was?" fragte ich Schmidt. Der tat ganz beleidigt:

"Gemacht - wie soll ich das gemacht haben? Kann ich vielleicht dafür?"

Es war einen Augenblick still in der Wachstube. Dann hörte man ein dumpfes Dröhnen, das immer näher kam. "Schon wieder Flieger", sagte ein Kamerad, "wissen möcht' ich, wo die bloss die vielen Flieger hernehmen da drüben...". Schmidt packte seine Karten zusammen. Enttäuscht. Er hatte sicherlich mehr Anerkennung erwartet.

In diesem Augenblick warf uns alle eine ohrenbetäubende Detonation, in die sich hell das Klirren zerbrochener Fensterscheiben mischte, von den Bänken.

Wir stürzten hinaus. Vor dem Eingang zur Kantine war das Pflaster tief aufgerissen. Es stank furchtbar nach verbranntem Fleisch.

"Was ist denn los?" Ein paar Sanitäter kamen atemlos aus der Kantine herausgekrochen. Wir sahen eine Mütze und die verbeulte Bierkanne.

Kein Zweifel, es war Dittmar. Der Volltreffer einer französischen Fliegerbombe hatte ihn erwischt und buchstäblich zerrissen. Hoch am Himmel standen noch die kleinen dunklen Punkte zweier Flieger.

"Da, da habt ihr's. Ihr habt es ja nicht glauben wollen", stotterte Schmidt

"Halt's Maul!" erwiderte ein anderer. "Du mit deinen dämlichen Karten."

Niemand konnte sich erklären, warum der Feind gerade unsern Ort, der durch die Genfer Konvention geschützt war und weder Truppen noch Depots - nichts, rein garnichts beherbergte, mit Bomben bewarf.

Erst Monate später erfuhren wir die merkwürdige Ursache: Die Abwurfvorrichtung auf einem der Flugzeuge hatte sich gelöst, denn die Bomben waren eigentlich für den hinter uns liegenden Eisenbahnknotenpunkt bestimmt gewesen. -

Das ist nun zwölf Jahre her. - - -

Glauben Sie an Karten? Ich ganz bestimmt nicht. Und doch sehe ich im Geiste immer, wenn ich vom Kartenlegen höre, das ernste, nachdenkliche Bauerngesicht Dittmars und dann eine blutbespritzte Soldatenmütze....

Alfred Prugel.

Die Heimat Homers.[x]

SPD. Smyrna gilt seit altersher als die sagenhafte Heimat Homers, die Stadt des Meles, des heiligen Flusses, dessen Gott nach alter Ueberlieferung der Vater des grossen Dichters und Sängers gewesen sein soll. Unwillkürlich wird man immer stärker von dieser Vorstellung beherrscht, je näher der Bug des Schiffes dem Golf von Smyrna zu steuert. Weit ausgespannt vor dem Blicke liegt das Aegäische Meer, tiefblau, unbeweglich. Obwohl es Nachmittag ist, spielen rosenrote Wolken um den Horizont, und die Küste liegt in geheimnisvollem Schimmer, als wenn das Morgenrot leise aufstiege hinter den Bergen. Das Land Homers, das Meer der Ilias und Odyssee, der beiden grossen Epen des Dichters - hier offenbart es sich ganz so, wie die Phantasie es sich geträumt hat. Hier wird das geschriebene Wort, wie es vor vielleicht drei Jahrtausenden einem begnadeten Menschenmund entströmte, zur Wirklichkeit; hier werden alle Gestalten der griechischen Mythologie lebendig: Hermes, der Götterbote, der auf geflügelten Sohlen über das blaue Meer schwebt, Zeus, der Wolkenbeherrscher, und Eos, die Morgenröte, die mit leisem Finger die Wolken berührt. Denn auch heute noch formen sich diese Phantasiegebilde immer von neuem aus Wasser, Luft und Wolken dieser lichtdurchfluteten Landschaft.

Aber man schrickt zusammen und schaut immer von neuem durch das Fernglas, wenn das Schiff sich der Küste nähert. Diese Ruinen, diese eingefallenen, verbrannten, zerschossenen Häuser, diese aufgewühlten Strassen, hinter deren Hafenfront sich eine neue, europäisch elegant und grosszügig gebaute Siedelung aufbaut - das ist Smyrna? Langsam tauchen Erinnerungen auf: Hier tobten vor 8

Jahren schwere Kämpfe zwischen Türken und Griechen,die mit dem Siege der Türken endeten. Der Preis dieses Sieges war die vollständige Zerstörung des Hafenviertels, der Tod und die Verzweiflung unzähliger Menschen auf beiden Seiten. Wie drohende Hände ragen bis heute die kahlen Mauern der eingeäscherten Häuser in den Himmel, wenn auch unausgesetzt daran gearbeitet wird, diese Zeugen der Kriegsfurie verschwinden zu lassen und eine neue Stadt an ihre Stelle zu setzen

Hinter dem modernen Viertel, hinter Bauschutt und modernen Plätzen,Kaufhäusern und Läden führen enge Gassen aufwärts. Durch das bunte Leben ungezählter Verkaufsbuden, Werkstätten und Arbeitsräume, die im Freien liegen und dem Blicke der Vorübergehenden preisgegeben sind, durch Basare und Menschengewühl geht der Weg hinauf zum Berge Pagos. Türkinnen, das bleiche, gelbe Antlitz mit den dunklen Augen entschleiert, aber immer noch in der schwarzen Tracht,die nur das Gesicht frei lässt, Männer in weiten Hosen und wollener Bauchbinde, Karren der Esel= und Ochsentreiber, dazwischen hier und da ein Auto - so wogt es hier durcheinander. Immer schmaler und winkliger wird der Weg. Bald gleicht er mehr dem Bett eines Gebirgsstromes als einer Strasse. Mühsam muss man klettern in glühender Hitze, und immer wieder gleitet der Fuss aus in dem lockeren Geröll. Dann endlich wird der Blick weit und grossartig. Oben liegt die alte Festung, die Zitadelle, und weit unten ruht Smyrna, eingebettet in schimmerndes Lichtblau und Rosenrot. Ein wundervolles Bild, das man gern im Skizzenbuch oder auf der photographischen Platte festhalten möchte. Doch schon steht ein türkischer Polizist vor dem Fremden und belehrt ihn,dass hier Zeichnen und Photographieren verboten ist. Die Türkei ist eine junge Republik, die mit unerhörten Kräften zu ringen hat,die von politischen Leidenschaften bewegt wird: Man ist hier vorsichtig und misstrauisch gegen jeden Fremden,der sich in seine Winkel verirrt, und sorgt dafür, dass nur die staatlich genehmigten Postkarten und Photos ins Ausland kommen.

Erst abseits der Stadt schweigt die Politik der jungen türkischen Republik auf den Friedhöfen,die keinen anderen Schmuck aufweisen als Zypressen und buntes Unkraut, das sich um die einfachen Schäfte, die Turban und Fes tragen,rankt Je weiter abseits der Weg führt, umso tiefer kehrt man zurück in die Vergangenheit. In Schluchten und Tälern, an stillen,versonnenen Teichen,die der Meles, der Fluss Homers, bildet, auf den Höhen, mit dem Blick auf die Berge von Pergamon, auf die Insel Lesbos,auf Ephesus, wo der berühmte Dianatempel emporragte, steht das versunkene Griechenland wieder auf. In weiter Ferne grüsst die Inselwelt des Aegäischen Meeres, die Odysseus vor Jahrtausenden durchirrte, und wenige Kilometer von uns liegt Troja, um das Griechen und Trojaner 10 Jahre lang kämpften. Jahrtausende lang war es bedeckt vom Staub der Zeiten,ein grosser Schutthügel, aus dessen Ruinen die Bauern gelegentlich Steine zum Bau ihrer Hütten holten. Bis Heinrich Schliemann, der mecklenburgische Kaufmannslehrling, der sich aus eigener Kraft zum Gelehrten emporgearbeitet hatte,in jahrelanger Tätigkeit die verschüttete Stadt ans Tageslicht hob. -

So ist Smyrna, das türkische Ismir,umgeben von wundersamster Landschaftsschönheit, umschlossen von den Zeugen einer jahrtausendalten Kultur. Und wenn der Fremde heute auch das Gefühl einer gewissen Unsicherheit nicht los wird, die eng mit den politischen Verhältnissen der jungen Türkei zusammenhängt,so muss er doch zugeben,dass die Stadt noch immer das geblieben ist,was sie war: eine der landschaftlich schönsten,kulturgeschichtlich interessantesten und eigenartigsten Siedelungen,die Kleinasien aufzuweisen hat.

Dr.E.Möbus.

SPD. Gut zurückgegeben.[x] Eine Bäuerin fährt einen Esel durch die Stadt. Ein Spassvogel bleibt stehen und ruft ihr zu: "Guten Tag,Eselmutter!" - "Guten Tag,mein Sohn", erwidert die Bäuerin.

Das neue Metallarbeiterhaus.

SPD. Bauwerke sind Symbole. Eine Kirche, ein Schloss bezeichnen die politische und kulturelle Macht der Geistlichkeit, des Fürsten. Die Zeiten, in denen man Schlösser baute, sind dahin. Im ganzen 19. Jahrhundert ist auf diesem Gebiete nichts Originelles, Ueberzeugendes mehr hervorgebracht worden. Die Mächte, die hinter ihrer Zeit zurückgeblieben waren, mussten sich mit schwächlichen Kopien begnügen. Seitdem es eine Grossindustrie gibt - also seit der Mitte des 19. Jahrhunderts - ist auch die Villa des reichen Bürgers kein künstlerisch bedeutsamer Vorwurf mehr. Architektur ist keine Ware, die man für Geld kauft: sie ist ein organisches Gewächs auf dem Boden der Gesellschaft, der Gesamtkultur.

Heute ist vielfach nicht mehr das Individuum Bauherr, sondern das Kollektiv. Der Zusammenschluss der Einzelkräfte zur Werkanlage, zum Trust, aber auch zum Arbeitnehmerverbande drückt unsrer Zeit seinen Stempel auf. Dieses neue "Zeichen der Zeit" verlangt nach einem sichtbaren Ausdruck. So entstehen riesige Bauten, die sich von ihren Vorgängern deutlich unterscheiden. Der gefällige Zierat, der den individuellen Geschmack des Bauherrn kennzeichnete, hat nun keinen Sinn mehr. Die glatte Fläche, die grosse, durchgehende Linie beherrschen das Bauwerk innen wie aussen. Man nennt das die "Neue Sachlichkeit". Richtiger würde man es als "Stil der Masse", "Architektur des Kollektivs" bezeichnen.

Unsre grösste Gewerkschaft, der "Deutsche Metallarbeiterverband", hatte sich, als sie ihren Sitz von Stuttgart nach Berlin verlegte, ein neues Haus zu bauen. Das war einer der beträchtlichsten Aufträge, die heute zu vergeben sind: Die Büroräume für den Vorstand und die gesamte vielgliedrige Verwaltung, die ein Heer von Angestellten erfordert, nebst der eigenen Druckerei für die Verbandsorgane und für die zahllosen Drucksachen, einer umfangreichen gewerblichen Anlage also, waren in diesem neuen Heim unterzubringen. Der Umzug von Stuttgart nach Berlin war deshalb besonders bedeutungsvoll, weil er so etwas wie eine historische Korrektur bezeichnete. Der wilhelminische Polizeistaat hatte seinerzeit die Verbandszentrale aus ihrem natürlichen Sitz, aus der Reichshauptstadt, in den Südwesten des Reiches verdrängt, wo eine etwas demokratischere Luft wehte. Nachdem die politischen Hindernisse beseitigt sind und gerade dieses ehemals so reaktionäre Preussen der Hort der Republik geworden ist, kehrt diese Verbandszentrale dorthin zurück, wohin sie von Anfang an gehörte.

Für die Wahl des Bauplatzes war die Nähe des "Vorwärts" Grundstücks ausschlaggebend. Die freundnachbarlichen Beziehungen zum Zentralorgan der Sozialdemokratie kommen darin zum Ausdruck. Zugleich hat diese Baustelle an der Ecke der Alten Jakob- und Gitschinerstrasse eine städtebauliche Bedeutung. Das alte Berlin krankt am Mangel an Ausfallstrassen. Der alte königlich preussische Obrigkeitsstaat hatte sich um die elementarsten Verkehrsbedürfnisse der Reichshauptstadt nicht gekümmert. Den ganzen Verkehr von dem längst überlasteten Belle Alliance-Platz nach der östlichen City hat seit über zweihundert Jahren die Lindenstrasse zu bewältigen. Da der Belle Alliance-Platz ausserdem noch die Friedrichstrasse und die Wilhelmstrasse aufzufangen hat, ist er fast immer verstopft. Der Magistrat möchte schon lange gern diesem Uebelstand abhelfen, aber die Mittel zum Durchbruch einer Entlastungsstrasse von der Lindenstrasse nach der Gitschinerstrasse sind vorderhand nicht zu beschaffen. Da macht nun das Metallarbeiterhaus einen beherzten Vorstoss in die Zukunft, indem es den Kopf seiner breiten Durchbruchstrasse nach der Zossener Brücke zu bildet. Die Weiterführung dieses Durchbruchs bis zur Lindenstrasse wird das städtebauliche Werk krönen und ein ganz neues Viertel erschliessen, auf dem vorderhand nur alte Schuppen stehen.

Der Metallarbeiterverband hat von der alten Gewohnheit des Preisausschreibens mit seinen zeitraubenden und kostspieligen Begleitumständen Abstand genommen und von vier anerkannten Architekten Pläne eingefordert. Erich Mendelsohn, dem Berlin bereits eine Reihe hervorragender architektonischer Leistungen ver-

dankt, wurde mit dem Bau beauftragt. Hier hat er aus dem Vollen schöpfen, etwas ganz Neues schaffen dürfen. Die beiden Strassenfluchten erforderten einen spitzwinkligen Grundriss. Dort, wo die beiden vierstöckigen, schlicht abgeputzten Fassaden, die hinter breiten Fensterwänden lauter Büros enthalten, zusammenstossen, ist die Fassade überhöht. Wie zwischen die Arme einer Zange ist zwischen die Seitenflügel ein Kopfstück eingefügt, dessen Fenster durch Metallbeschläge, und dessen Wände durch warmgelben Travertinbelag ausgezeichnet sind. Das sind die Vorstandsräume, beherrscht von einem durch einen Erker erweitertem Grossen Sitzungssaal.

Eine gute Architektur soll aber nicht nur mit einer wirkungsvollen Fassade aufwarten, sondern auch von der Rückseite her gleich sorgfältig durchgebildet sein. Das ist diesem Mendelsohn-Bau durchaus nachzurühmen. Seine Hoffronten sind glatt und schlicht, aber ebenso hell und freundlich und zweckmässig wie die Strassenfronten. Durch die Höhenabstufungen der Gebäudeteile ist das Kasernenmässige, Monotone vermieden, obwohl die kubische Form und die horizontale Abdeckung stilunkundige Nörgler zu einem Vergleich mit einer "Zigarrenkiste" angeregt hat. Das Kopfstück des Baues tritt hier als halbrundes, von oben bis unten verglastes Treppenhaus in Erscheinung. Ein kleiner Schmuckhof wird abgegrenzt durch das eingeschossige, nach hinten mit einem zweiten Geschoss überhöhte Druckereigebäude, das in einer Kurve die beiden Aussenflügel zusammenschliesst und einen geräumigen Werkhof hinter sich lässt. Die Innenausstattung entspricht in ihrer schlichten Zweckmässigkeit, die nur Farbe und Materialwirkung zulässt, durchaus dem Aeussern.

Dem Deutschen Metallarbeiterverband ist mit seinem neuen Heim ein Werk gelungen, das in seiner monumentalen Schönheit und Zweckmässigkeit allgemein als vorbildlich anerkannt wird.

Hermann Hieber.

Beeinflusst der Mond das Wetter?[x]

SPD. Die Auffassung, dass der Mond das Wetter beeinflusst, ist sehr alt. Sowohl auf dem Lande wie in der Stadt kann man auch heute noch sehr häufig hören, dass es, wenn der Mond wechselt, anderers Wetter geben werde. Der amerikanische Meteorologe und Physiker Dr. W.J. Humphreys hat in einer amerikanischen Zeitschrift eine sehr interessante Arbeit über dieses Problem veröffentlicht. Er führt darin aus, dass die Wissenschaftler ganz anderer Meinung sind als die breite Masse des Volkes. Der Mond hat nichts mit dem Wetter zu tun. Dass die Gezeiten, Ebbe und Flut, hauptsächlich vom Monde verursacht werden, ist bekannt. Auch die Kontinente mit allen Bergen, Wäldern usw. werden zweimal täglich durch den Einfluss des Mondes beinahe einen Fuss (ca. 30 cm) gehoben und gesenkt. Deshalb wird nun behauptet, dass die Gezeiten der beweglichen Atmosphäre noch viel grösser sein müssten, und zwar so gross, dass sie bedeutende Wetterveränderungen hervorrufen. Das ist jedoch nicht der Fall. Die Gezeiten der Atmosphäre sind so gering, dass man sie nur mit Hilfe der feinsten Apparate feststellen kann.

Wie sieht es nun aber mit der Wärmestrahlung des Mondes aus? Ist sie bei Vollmond nicht grösser als bei Neumond, und zwar so viel grösser, dass sich dadurch das Wetter ändert? In der Tat ist sie bei Vollmond am grössten. Trotzdem ist sie auch dann noch so gering, dass dadurch die Temperatur der Erde nur um ein oder zwei Tausendstel eines Grades geändert wird. Aus diesem Grunde kommt also auch die Wärme des Mondes nicht in Betracht.

Noch eine andere Behauptung ist die, dass der Mond sehr häufig die Wolken vertreibe. Wenn bei Sonnenuntergang der Himmel noch fast ganz mit Wolken bedeckt war, so scheint oft binnen weniger als einer Stunde der Mond hell und klar

und keine Wolke,ist mehr zu sehen. Der Mond hat anscheinend die Wolken zerteilt Die Erklärung für diese Erscheinung ist zwar einfach,liegt jedoch in wesentlich anderer Richtung. Wenn die wärmende Sonne untergeht,so kühlen sich die Wolken schneller ab als die trockene Luft. Aber auch die die Wolken umgebende Luft wird nach und nach abgekühlt. Sie zieht sich zusammen,wird dichter,sinkt weiter nach unten und zieht die Wolkenpartikelchen mit sich. Beim Sinken aus der kalten Höhe wird die Luft wieder wärmer und sinkt nicht mehr weiter,wenn sie die gleiche Temperatur erreicht hat wie die sie umgebende Luft. Durch das allgemeine Wärmerwerden der Luft verdampfen die in ihr enthaltenen Wolkentröpfchen,und die Wolke verschwindet. Ob also Halb= oder Vollmond ist,oder ob der Mond überhaupt nicht da ist, die Erscheinung bleibt immer die gleiche. Wir erkennen,dass der Augenschein täuschen kann,und dass nur die Wissenschaft mit ihren modernen Hilfsmitteln in der Lage ist,komplizierte Zusammenhänge auf ihren wahren Sachverhalt hin zu prüfen.

Der "Affenmensch" von Peking.[x]

SPD. Vierzig Kilometer südwestlich von Peking, in Chou=Kou=Tien,haben Ausgrabungsarbeiten zu einem Funde geführt, der zu Zeiten Darwins, als das Problem der "Abstammung des Menschen" im Mittelpunkte des Interesses stand und man fieberhaft nach dem "missing link", dem fehlenden Zwischenglied in der Entwicklung vom Affen zum Menschen suchte,ein noch weit grösseres Aufsehen erregt hätte als heutzutage.

Aus logischen Gründen,um die Lücke in unsrer Ahnenreihe – vom Menschenaffen über den "Affenmenschen" zum Menschen – zu schliessen,suchte man jenes Zwischenglied, das Dubois denn auch damals, vor 40 Jahren, auf Java fand: den Pitecanthropus, einen Frühmenschen von so niedriger Entwicklungsstufe,wie man bisher keinen gekannt und seitdem auch keinen wieder gefunden hat.Damit schien der Ring geschlossen zu sein. Die Forschung konnte sich jedoch nicht mit einem einzelnen Funde zufrieden geben,da die Gefahr voreiliger Schlussfolgerungen hier allzu nahe lag. Man erachtete es deshalb für dringend notwendig,mehrere solcher Affenmenschenreste aufzufinden,um eine breitete Vergleichsbasis zu gewinnen. Erneute Expeditionen nach Java wurden unternommen; man grub und suchte – jedoch immer vergeblich. Erst Ende des vorigen Jahres förderte man in Chou=Kou=Tien einen Schädel zu Tage, der eine solche Uebereinstimmung mit dem Schädel des Affenmenschen von Java aufwies, dass man fast hätte glauben können, beide Schädel stammten vom gleichen Fundort.

Es haben also Frühmenschen mit einer Schädelbildung,die der Form nach menschenäffisch,nur in der Grösse menschlich ist, zu Beginn unserer Eiszeit auf Java und in China gelebt. Es gibt sonst keinen Menschenschädel, der ein derartig schimpansenhaftes Ueberaugendach hat; keinen, bei dem die Stirn so niedrig und zurückfliegend ist. Kein andrer Schädel zeigt in der Ansicht von oben eine so tiefe und zurückliegende Stirneinschnürung hinter den Augen;keiner hat ein so abgeknicktes Hinterhaupt, zu dem noch schwache Knochenleisten vom Jochbogen her über das Schläfenbein zum Hinterhauptwulst hinaufziehen.Die beim Pitecanthropus so oft besprochene Stirnaufwölbung besitzt auch der Affenmensch von Peking, ferner auch – was noch wichtiger ist – das gleiche flache Schädeldach an den Scheitelbeinen,durch das die beiden Schädel so übereinstimmend wirken. Darwins Traum des Mittelgliedes zwischen Affen und Menschen ist also nicht nur eine Forscherphantasie gewesen,sondern der "Affenmensch" hat wirklich existiert – auf Java,bei Peking,vermutlich auch in Südenglang und vielleicht in Südafrika,sodass fast die ganze Alte Welt als die "Wiege der Menschheit",als das "Paradies" der ersten Menschen in Frage kommt.

L.H.

Für 25 Pfennig nach Mexiko.

SPD. Sind Sie schon einmal von Berlin nach Mexiko gefahren? Noch nicht? Dann müssen Sie einmal mitkommen. Es ist keine teure und keine langwierige Sache. Die Fahrt dorthin kostet nur 25 Pfennig, denn Mexiko liegt dicht am Alexanderplatz. In einer kleinen, nicht unbekannten Seitenstrasse.

"Warum erwähnte der bekannte Schriftsteller Döblin in seinem Buche "Berlin, Alexanderplatz" die bekannte Gaststätte Mexiko." – So lautete eines Tages ein Inserat in dicken Lettern in einem Berliner Blatte. Nicht mehr und nicht weniger als dieser selbstbewusste Satz. Noch nicht einmal ein Fragezeichen stand dahinter, denn diese Frage ist gar keine Frage.

Schon von aussen sieht es mexikanisch bunt und wild aus. Bunte Wimpel schreien den Namen in die laute Strasse. Die Fenster sind mit Plakaten und Anschlägen übersät, und dazwischen hängen Photographien aus Mexiko. Handgeschriebener Text erklärt den Inhalt dieser Photos: "Wie unser mecikanischer Gewährsmann uns schreibt."

Drinnen in dem Lokal geht es so mexikanisch zu, wie wir uns das von diesem fernen Lande nach allerhand wilden Filmen vorstellen müssen. Gedörrte Palmenwedel schaffen die Landschaft; bunte Zeichnungen ergänzen sie. Die wilden Gestalten inmitten sind echt. So echt, wie man das am Alexanderplatz gegenüber der roten Zwingburg des Polizeipräsidiums erwarten darf. Männer ohne Kragen, den Hut im Genick, trinken im Stehen eine Molle. Nicht ganz einwandfrei aussehende Gestalten und Leute von schäbiger Eleganz sitzen umher, Strassenmädchen, die Pause machen, einen Kaffee mit Kuchen für 35 Pfennige genehmigen oder einen frischen Kartoffelpuffer, und die ihrem Herrn und Beschützer ein Bier oder ein Glas Feuerwasser spendieren.

An der Wand hängt eine umfangreiche Preisliste. Aber darauf sind nicht etwa die Getränke und die Speisen verzeichnet, sondern die Geschirrpreise. Das "Bruchgeld" spielt hier eine grosse Rolle, und man kann sich zweckmässigerweise vorher orientieren, wieviel man anzulegen gedenkt, um einen missliebigen Nachbarn eine handfeste Antwort ins Gesicht zu schleudern. Vom Schnapsglas über das grosse Mollenglas bis zum Suppenteller hat alles seinen festen Kurs. Am teuersten ist die Suppenterrine. Sie kostet eine ganze Mark: die dicke Berta von Mexiko. Auch geschossen soll hier gelegentlich werden – man hält auf Milieu. Gemeinhin bleibt es jedoch bei handfesten Griffen und bei Worten, die eine Fundgrube für den Sprachforscher bieten. Die scherzhaften Dialektworte, die die Leute in den Kabaretts im Westen erheitern, werden hier blutig ernst geboren, und das Lachen ist etwas gekrampft, wenn man seinen Widersacher rufen hört: "Emil, bring mal einen tiefen Teller; dem Herrn da drüben wird gleich ein Auge auslaufen!"

Delta.

SPD. Unter dieser Bedingung....[x] "Du hast aber 'n schlechden Husden."
"Da gammr noch viel drgächen machen."
"Doch, doch, hier nehme mal das Husdenbingbong; da gehdr wech."
"Ach, das gloobe ich nich."
"Wenn ich dirsch aber saache! Das lintert! Ich will mich hängen lassen, wennr da nich wechgehd!"
"Na, da kib's her....!"